

# INFOPERU89

Der Newsletter der Informationsstelle Peru e.V.

## Inhaltsverzeichnis

1. [Editorial No 89 \(Hildegard Willer\)](#)
2. [Kurz gemeldet – Juni 2023](#)
3. [Gibt es Wege aus der Dauerkrise? Bericht vom Peru-Seminar 2023 \(Annette Brox\)](#)
4. [“Es gibt keine Seife, die das alles abwaschen kann.” \(César Bazán\)](#)
5. [11.000 Kilometer und eine Pandemie konnten uns nicht bremsen \(Michael Schrick\)](#)
6. [Ankündigungen und Hinweise – Juni 2023](#)
7. [Goldfieber bedroht Awajun am Fluss Cenepa \(Vanessa Schaeffer\)](#)
8. [Produkte aus dem Amazonas auf dem Prüfstand \(Aramis Castro, OjoPúblico\)](#)
9. [Das Aus für Fairtrade-Kaffee aus Peru? \(Hildegard Willer\)](#)
10. [Wie steht es um Menschenrechte und Klima in peruanischen Unternehmen? \(Luz Alarcón C, OjoPúblico\)](#)
11. [Escazu Jetzt! \(Antonio Zambrano\)](#)
12. [Sauerstoffanlagen: Viel Geld in den Sand gesetzt? \(Annette Brox\)](#)
13. [ISP-News – Juni 2023](#)

## 1. Editorial No 89

Liebe Leserin, lieber Leser,

heute hat Peru weltweit Schlagzeilen gemacht: Das peruanische Nobelrestaurant „Central“ wurde zum besten Restaurant der Welt gekürt. Das mag wohl eine Ehre sein für das Land mit der vielfältigsten und besten Küche Südamerikas. Doch die allermeisten Peruanerinnen und Peruaner werden nie in ihrem Leben ein 500-Euro-Menü im Restaurant „Central“ probieren.

Wie angespannt die wirtschaftliche Situation für viele Menschen weiterhin ist, habe ich bei einem Besuch in Gemeinschaftsküchen am Rande des Distrikts San Juan de Lurigancho vor einer Woche erlebt. Aus eigener Initiative haben Frauen während der Corona-Pandemie damit begonnen, gemeinsam für ihre Familien und für Bedürftige in ihrem Viertel zu kochen. Viele dieser „Ollas comunes“ existieren weiterhin und versorgen die Familien am Rande der Gesellschaft Limas mit billigem und gesundem Essen. Umgerechnet 80 Cent habe ich dort bezahlt für eine deftige Nudelsuppe als Vorspeise, und ein Hauptgericht bestehend aus Quinoabrei mit Reis, gebackener Süßkartoffel und kleinen Thunfischpfannkuchen. In diesem Spannungsfeld – dort die 500-Euro-Küche, hier die 80-Cent-Volksküche – lebt man in Peru.

Die peruanische Regierung unter Präsidentin Dina Boluarte, im Zusammenspiel mit dem Kongress, leugnet diese Gräben in der Gesellschaft weiterhin. Dina Boluarte sieht sich als Retterin vor dem Chaos, das ausgebrochen wäre, wenn sie den Protesten im Dezember und Januar nicht Einhalt geboten hätte. Dass ihre Polizisten und Militär dabei 49 Menschen erschossen haben, erwähnt sie nicht.

Für Juli haben die sozialen Bewegungen aus dem Süden einen weiteren Protestmarsch nach Lima geplant. Boluartes Warnung: „Habt ihr nicht genug mit 49 Toten? Wollt ihr noch mehr Tote?“ sagte sie im peruanischen Fernsehen an die Demonstranten gerichtet. Ihr Subtext: Wenn die Polizei wieder töten muss, dann ist das eure Schuld, weil ihr nicht zu Hause geblieben seid.

Obwohl fast 80% der Bevölkerung bei Umfragen die Regierung ablehnt, sitzt diese fest im Sattel. Bisher regt sich in Lima kaum spürbarer Widerstand gegen die Regierung und die von Exekutive und Regierung betriebene schleichende Aushöhlung der demokratischen Institutionen. Ich bin sehr gespannt, ob die unzufriedenen Bürgerinnen und Bürger Limas und aus anderen Landesteilen die angekündigten Proteste im Juli unterstützen und die Straßen füllen werden, und damit einen Politikwechsel in Peru herbeiführen können.

*Hildegard Willer*

*Redakteurin InfoPeru*



## 2. Kurz gemeldet – Juni 2023

### Dengue-Fieber fordert mindestens 121 Todesopfer

Peru weist so viele Dengue-Fälle auf wie seit Jahren nicht mehr. Fast [100 000 bekannte Dengue-Infektionen und 121 Tote](#) hat das Dengue-Fieber bisher gefordert. Stark betroffen sind die nördlichen Regionen Piura und Lambayeque. Aber auch in Lima ist die Zahl der Dengue-Infizierten mit 20.121 auf dem Höchststand. Grund der Dengue-Epidemie ist zum einen das Hochwasser, das durch den Zyklon "Yaku" ausgelöst wurde und vor allem Piura und Lambayeque stark betroffen hat. Zum anderen tragen die erhöhten Temperaturen zur Ausbreitung der Mücke bei, die das Dengue-Fieber überträgt.

Das Dengue-Fieber wird von der Mücke "Aedes Aegypti" übertragen, die sich vor allem an stehenden Gewässern, Tümpeln oder Regentonnen aufhält und sich wiederum durch Stiche an bereits infizierten Menschen infiziert. Obwohl 90% der Dengue-Fälle harmlos verlaufen, muss ca. 10% stationär behandelt werden. Weniger als 1% sterben an Blutungen, die durch das Dengue-Fieber ausgelöst werden.

Dem Fieber kann durch Desinfizierung der Mücken, Benutzung von Mosquito-Netzen, Beseitigen von offenen Wasserbehältern und rechtzeitiger Flüssigkeitsgabe bei Infizierten vorgebeugt bzw.

gemildert werden. Dass das Fieber dennoch so viele Todesopfer fordert, zeigt, wie unvorbereitet das peruanische Gesundheitswesen auf die Krankheit ist.

Infolge der Klimaerwärmung ist damit zu rechnen, dass sich die Mücke "Aedes Aegypti" auch in Regionen ausbreiten wird, die bisher keine Dengue-Fälle aufwiesen.

### **Bergbautragödie: 27 Tote nach Brand in Mine von Arequipa**

Bei einem Brand in einer Goldmine im Bezirk Yanaquihua, Provinz Condesuyo in der Region Arequipa, sind 27 Arbeiter bei einem [Bergbauunfall](#) ums Leben gekommen. Ersten Ermittlungen zufolge breitete sich das durch den Kurzschluss verursachte Feuer schnell auf die Holzsäulen und -balken aus, die die Schachanlage stützen, und hinderte so die Arbeiter am Verlassen der Anlage. Der Eigentümer des Minenunternehmens Yanaquihua, Esteban Huamaní, begab sich daraufhin zu einem anderthalb Stunden entfernten Polizeiposten, um den Vorfall zu melden und um Hilfe zu bitten. Auf dem Gelände der Mine gibt es keinen Telefonanschluss. Die Rettungskräfte konnten nur noch den Tod von 27 Arbeitern bestätigen. Zwei weitere Personen konnten gerettet werden.

Das Bergbauunternehmen teilte mit, dass die Arbeiter beim Subunternehmer Servivol beschäftigt waren, einem auf Bergbauarbeiten spezialisierten Unternehmen. 175 weitere Arbeiter seien evakuiert worden und außer Gefahr. Angehörige der Opfer machten das Unternehmen für die schlechten Arbeitsbedingungen verantwortlich.

Das Grubenunglück in Arequipa ist nach den Statistiken des Ministeriums für Energie und Bergbau das schwerste in Peru seit dem Jahr 2000. Im Jahr 2021 starben 38 Menschen bei verschiedenen Bergbauunfällen.

### **Defensoría del Pueblo vom „Fujicerronismus“ erobert**

Der Kongress hat in einem fragwürdigen Verfahren Josué Gutiérrez Córdor, einen Rechtsanwalt und bis vor kurzem Berater von Perú Libre, zum neuen *Defensor del Pueblo* gewählt. Die staatliche Ombudsstelle *Defensoría del Pueblo* hat die Aufgabe, die verfassungsmäßigen Rechte zu schützen und die Erfüllung der Pflichten der öffentlichen Verwaltung zu überwachen.

Josué Gutiérrez ist ein Jurist ohne offensichtliche Qualifikationen für das Amt, da er weder akademische Verdienste noch eine Spezialisierung auf Menschenrechte vorweisen kann.

Gutiérrez war Anwalt von Vladimir Cerrón, des Parteivorsitzenden Perú Libre, der wegen Korruption verurteilt wurde. Seine Wahl wurde von Fuerza Popular, Alianza Para el Progreso, Acción Popular und Renovación Popular unterstützt. 88 von 130 Abgeordneten stimmten für ihn.

Das Auswahlverfahren fand ohne öffentliche Ausschreibung statt, die Bewerbungen erfolgten nur auf direkte Einladung der Parlamentsfraktionen.

Die Wahl von Gutiérrez komme einer Eroberung der Ombudsstelle *Defensoría del Pueblo* durch die Fuerza Popular und Perú Libre gleich, kritisiert das Nachrichtenportal [Servindi](#). Die Allianz der beiden gegensätzlichen Parteien wird auch als „Fujicerronismo“ bezeichnet, in Anspielung auf die beiden Parteivorsitzenden Keiko Fujimori und Vladimir Cerrón.

Die *Defensoría del Pueblo* war bisher eine der wenigen öffentlichen Institutionen in Peru, die autonom geblieben ist und für die Verteidigung der Menschenrechte einstand.

### **Rechtsextreme Gruppen greifen erneut IDL-Reporteros an**

Rechtsextreme Gruppen haben am 5. Mai erneut gewaltsam das Gebäude des investigativen Nachrichtendienstes [IDL-Reporteros](#) angegriffen. Die Angreifer ließen Bomben platzen, warfen Leuchtraketen und Müllsäcke auf das Gelände. Es war der heftigste von vier Angriffen auf die Institution in den letzten vier Monaten. Er erfolgte zwei Tage, nachdem IDL-Reporteros eine Untersuchung veröffentlicht hatte, mit der eine auf Desinformation basierende Verleumdungskampagne gegen ihren Direktor Gustavo Gorriti und den Direktor der Zeitung La República, Gustavo Mohme, gestoppt wurde.

Der Angriff von mehr als 50 Rechtsextremen aus den Gruppen, die sich selbst „La Resistencia“ (Widerstand), „La Insurgencia“ (Aufstand) und „Los Combatientes“ (Kämpfer) nennen, dauerte anderthalb Stunden. Die Polizei traf erst spät am Ort des Geschehens ein und verhielt sich sehr zurückhaltend.

Die IDL-R sind überzeugt, dass der Angriff „Ausdruck der mafiösen Reaktion auf die Stärke, Reichweite und Sorgfalt der durchgeführten Untersuchungen“ ist. Sie bekräftigten ihre Entscheidung, ihre investigative Arbeit zu intensivieren und auszuweiten.

Der Berufsverband der Journalist:innen, vertreten durch den Nationalen Journalistenverband (ANP), das Institut für Presse und Gesellschaft (IPYS) und andere, bekundeten nach dem Angriff ihre Solidarität mit der IDL-R. Am 6. Juni fand eine [Solidaritätskundgebung](#) statt, zu der verschiedene Gewerkschaften aufgerufen hatten.

### **Menschenrechtskommission der OAS bekräftigt außergerichtliche Exekutionen**

Sie waren nicht die ersten, die das Vorgehen von Polizei und Militär gegen die Proteste vom Dezember 22 – März 2023 mit insgesamt 60 Toten als schwere Menschenrechtsvergehen verurteilten. Amnesty International, Human Rights Watch und einige internationale Medien hatten

dies auch getan. Aber mit der Menschenrechtskommission der Organisation Amerikanischer Staaten hat nun auch eine hochoffizielle Stelle die Menschenrechtsvergehen der Regierung Boluarte verurteilt. Anfang Mai gab sie [ihren Bericht zu den Vorkommnissen](#) in Peru bekannt und sparte nicht mit harten Worten: Polizei und Militär seien während der Proteste unverhältnismäßig und mit tödlichen Waffen gegen Demonstranten vorgegangen. Die Suche nach den Verantwortlichen müsse unabhängig und zügig geschehen. Ob die peruanische Staatsanwaltschaft dazu willens ist, darf bezweifelt werden. Rechtsextreme Parlamentarier schlugen stattdessen bereits vor, dass sich Peru aus der Menschenrechtscharta der OAS verabschieden soll.

### Umweltzerstörung im nationalen Interesse

Das peruanische Parlament macht intensiv mit der Zerstörung des amazonischen Regenwaldes weiter. Im parlamentarischen Verfahren sind [einige Gesetze](#) dafür anstehend:

Das bereits bestehende Gesetz für Wald und Fauna (Ley Forestal y de Fauna Silvestre – Gesetz Nr. 29736) so geändert werden, dass Abholzung, Landwirtschaft und illegaler Bergbau erleichtert würde.

Ebenso soll mit einer Änderung des Gesetzes über Nationalparks und andere Schutzgebiete (ANPs) die Ausbeutung von Bodenschätzen, z.B. Erdöl, erleichtert werden.

Schließlich sollen Vertragsabschlüsse über eine stärkere Ausbeutung von Erdöl durch ein weiteres Gesetz als ein Vorhaben von „nationalem Interesse“ angetrieben werden, und zwar für die Unternehmen Petroperú und Perupetro. Perupetro schrieb inzwischen schon 31 Zonen aus, in denen es voraussichtlich Erdöl gibt. Zwei dieser Zonen befinden sich in indigenen Schutzgebieten, 25 im amazonischen Regenwald und 435 befinden sich in Territorien indigener Dorfgemeinschaften.

Ein Gesetzesvorschlag, der die Existenz der sogenannten nicht kontaktierten indigenen Völker betrifft (Gesetz Nr. 3518/2022), wurde vom Kongress nicht weiter diskutiert und vorerst zu den Akten gelegt. Der Gesetzesvorschlag wollte die Regionalregierungen ermächtigt, alle bisher existierenden Schutzgebiete für indigene Völker infrage zu stellen und den Prozess neu aufzurollen, ob und welche nicht-kontaktierte Indigene (PIACI) es gibt. Entwarnung kann noch nicht gegeben werden, weil die Debatte um den Entwurf im Agrarausschuss noch aussteht.

Anmerkung: Sollten diese Gesetzesvorhaben angenommen werden, wird es wohl für die peruanische Delegation beim kommenden Weltklimagipfel Ende 2023 sehr schwer sein, überhaupt ehrlich zu erklären, welche Klimaschutzmaßnahmen sie noch anzubieten haben.

## Venezolaner\*innen in Peru

Ungefähr 1,6 Mio. Venezolaner\*innen werden bis Ende 2023 in Peru leben. Mehr als 75 % von ihnen wohnen in Lima. Am höchsten ist der Anteil der Venezolaner\*innen an der Bevölkerung mit 40,8 % im Distrikt San Martin de Porres, gefolgt von San Juan de Lurigancho mit 32 % und Chorrillos mit 31 %. Die Geflüchteten und Migrant\*innen aus Venezuela sind in der Mehrheit jung und im arbeitsfähigen Alter und haben ein höheres Bildungsniveau als der Durchschnitt der peruanischen Bevölkerung: Knapp 32 % verfügen über einen Hochschulabschluss. Die Einwanderung aus Venezuela bietet also Chancen für den Arbeitsmarkt, so eine Studie, die u. a. von der Konrad-Adenauer-Stiftung herausgegeben wurde. Hätten der peruanische Staat die Ausbildung der Professionellen aus Venezuela, die jetzt in Peru arbeiten, in Peru finanzieren müssen, wären dies Kosten von 13 Mio. Soles (3,2 Mio. Euro) gewesen.

*Quelle: Boletín de la exclusión al reconocimiento, Mai 2023*

## Fernbeziehung

[Eliane Karp](#), Frau des Ex-Präsidenten Alejandro Toledo (2002-2006) setzte sich nach Israel ab. Ihr Mann ist jetzt einer von drei lebenden peruanischen Expräsidenten, die das Privileg auf „komplette Dauerbetreuung“ haben, sprich in einem peruanischen Gefängnis sitzen (A. Fujimori, A. P. Castillo, A. Toledo und eigentlich auch Ex-Präsident Kuczynski, der seine Strafe aber zu Hause absitzen kann).

Toledo sitzt wegen Korruption in Untersuchungshaft, nachdem die USA ihn der peruanischen Justiz überstellt hat. Der Vorwurf: In seiner Amtszeit soll er 35 Millionen Dollar von der brasilianischen Baufirma Odebrecht erhalten haben, die bei großen Bauprojekten „abfielen. (Wir berichteten ausführlich in den InfoPeru darüber).

Und Frau Karp: Die peruanische Staatsanwaltschaft sieht es als bewiesen an, dass sie das Geld unter anderem über ihre Mutter und ihren Bekannten, den Unternehmer Josef Maiman, auf ein Off-Shore-Konto in Costa Rica deponierte. Frau Karp hielt sich wie ihr Mann in den USA auf, erhielt von einem US-Gericht (Kalifornien) ihren Reisepass und eine Million Dollar Kautionszahlung für ihren Mann zurück. Sie setzte sich ins Flugzeug und landete am 10.5.23 in Israel, um so der peruanischen Justiz zu entkommen. Sie hat eine Staatsbürgerschaft von Belgien, Israel und Peru.

## Peruaner sehen städtische Verschmutzung als Hauptproblem

42% der befragten Peruaner\*innen haben in einer [Umfrage](#) des Instituto de Estudios Peruanos angegeben, dass die Umweltverschmutzung in den Städten das wichtigste Umweltproblem Perus sei. 54% sagten auch, dass sie durch die Medien nur unzureichend über Umweltangelegenheiten informiert werden und ihr Umweltwissen vor allem aus digitalen Medien beziehen.

*zusammengestellt von Heinz Schulze, Hildegard Willer und Annette Brox*

### 3. Gibt es Wege aus der Dauerkrise? Bericht vom Peru-Seminar 2023

Wer schon immer mal Chefin eines Minenunternehmens oder Mitglied der deutschen Regierung sein wollte, war auf dem diesjährigen Peru-Seminar genau richtig: Beim Planspiel „Energiewende in Deutschland und Kupferabbau in Peru“ galt es, die verschiedenen Rollen im Konflikt um eine Kupfermine möglichst authentisch auszufüllen. Trotz anfänglichen Unbehagens einiger Teilnehmenden galt das Planspiel am Ende für viele als Highlight des Seminars – ist es doch eine ganz andere Form, sich der Frage zu stellen, ob und wie die Energiewende bei uns gelingen kann, ohne dass dies auf Kosten der Menschen und der Umwelt im Umfeld der Kupferminen geht. Denn mit dem zunehmenden Strombedarf steigt die Nachfrage nach Kupfer und anderen Mineralien um ein Vielfaches an. Gibt es Lösungen, bei denen alle Interessen berücksichtigt werden können? Jedenfalls nicht in der Kürze der Zeit unseres Planspiels, so fiel das Fazit am Ende aus. Zwei Runde Tische, die eine Einigung herbeiführen sollten, gingen jedenfalls nicht über freundliche (und manchmal auch weniger freundliche...) Worte und Absichtserklärungen hinaus. Was wiederum eine recht realitätsnahe Erkenntnis sein dürfte... Dennoch bestätigten in der Auswertung alle, die mitgespielt hatten, dass es eine sehr wertvolle Erfahrung sei, dieses schwierige Thema aus den unterschiedlichen Perspektiven zu betrachten, und dies nicht nur theoretisch, sondern sehr praktisch in der Rolle einer Bäuerin aus Mollepampa, eines CEO des Kupferimporteurs oder einer Vertreterin des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit.



*Peru-Seminar: Planspiel Energiewende und Kupfermine*

„Wege aus der Krise“ war der ehrgeizige Titel und Anspruch des Seminars. Beim Planspiel wurde so leicht kein Weg gefunden. Am überzeugendsten fanden die Teilnehmenden Lösungsansätze aus indigenen Konzepten und Perspektiven. In zwei Filmen wurden diese sehr anschaulich: Einer stellte das Konzept des *Tajimat Pujut (Gutes Leben)* des Volks der Awajún vor (siehe Video auf unserem [YouTube-Kanal](#)). Ein anderer erzählte von der erfolgreichen Arbeit der indigenen Gesundheitsinitiative Comando Matico (ebenda zu sehen). Hierüber konnte im Anschluss Alex Shimpukat, Künstler vom Volk der Shipibo-Konibo und Mitbegründer von Comando Matico, im Gespräch mit Elke Falley-Rothkopf noch selbst weiter berichten. Aus der traditionellen Heilpflanze Matico sowie aus Ingwer, Knoblauch und Eukalyptus stellten die Mitglieder einen Sud her und gaben ihn den Erkrankten zu trinken. Dazu kam eine 24-Stunden-Betreuung mit Massagen um die Durchblutung zu verbessern und Übungen um die Lungentätigkeit anzuregen. Von den behandelten 800 Patient\*innen starben nur zwei Personen. Alex Shimpukat sieht den Ansatz von Comando Matico als „interkulturelle Medizin“. Der Erfolg zeige, dass indigene Heilmethoden und moderne Medizin sich gut ergänzen können. Die Arbeit von Comando Matico geht auch nach Ende der Pandemie noch weiter. So stellte eine Dorfgemeinschaft zehn Hektar Land für den Anbau von Matico und anderen medizinischen Heilpflanzen zur Verfügung. Staatliche Unterstützung gab es bis heute keine.

Können internationale Abkommen einen Weg aus der Krise weisen? Antonio Zambrano, früher Koordinator der peruanischen Klimaschutzbewegung MOCICC, stellte das [Abkommen von Escazú](#) vor, das einzige internationale Abkommen, das verbindlich den Schutz von Menschenrechtsverteidiger\*innen, Umweltschutz und Partizipation regelt (siehe Artikel in diesem InfoPeru). Ob das gerade verhandelte europäische [Lieferkettengesetz](#) zum Schutz von Umwelt und Menschenrechten etwa bei Bergbauprojekten in Peru beitragen kann, hängt sehr davon ab, wie verbindlich es formuliert wird, so Mattes Tempelmann von MISEREOR. Da sich das Vorhaben gerade in der Endphase der Verhandlungen befindet, ist es wichtig, jetzt wirksame und verbindliche Regelungen einzufordern.

Am Freitagabend hatte César Bazán im Gespräch mit Pilar Arroyo vom Instituto Bartolomé de las Casas den Anfang gemacht. Da ging es zunächst darum, die aktuelle politische Krise und ihre Hintergründe zu verstehen. Einen Grund für den Ausbruch der Krise und die Gewalt sah Pilar Arroyo in zwei Gesetzesartikeln, die es dem Kongress und dem Präsidenten ermöglichen, der jeweils andere Seite mit Amtsenthebung bzw. Auflösung zu drohen und sich so gegenseitig zu blockieren. Darüber hinaus habe der tiefsitzende Rassismus in Peru zu der Überzeugung geführt, ein Campesino aus den Anden könne nicht Präsident sein. Ein weiterer Grund sei die Krise der politischen Parteien, die keine Parteien, sondern „politische Unternehmen“ seien und für persönliche Interessen genutzt würden.

Die Proteste sind im südlichen Andengebiet besonders stark. Aus Sicht der dortigen Bevölkerung hat Präsidentin Dina Boluarte die Wahlentscheidung und Stimme der andinen Bevölkerung verraten. Gewählt als Kandidatin einer linken Partei stützt sie sich jetzt auf rechte Mehrheiten. Ein

Grund dafür, dass die Proteste nicht von allen unterstützt werden, sei die Angst, meint Arroyo. Die Mittelschicht Perus glaube den Mehrheitsmedien, die die Proteste mit Terrorismus gleichsetzen. Natürlich spiele auch berechnete Angst vor Polizeigewalt eine wichtige Rolle.

Für das Nachlassen der Proteste gebe es interne und externe Gründe, erklärte Arroyo. Die internen: Ein Großteil der Protestierenden kommt aus dem Landesinneren und lebt von der Landwirtschaft. In der Erntezeit müssen sich die Menschen um ihre Ernte und ihr Einkommen kümmern. In den südlichen Anden leben 93 Prozent der Bevölkerung von informeller Arbeit, d.h. sie haben keine feste Anstellung und damit kein Einkommen mehr, sobald sie nicht arbeiten. Ein weiterer interner Grund ist, dass keine Bündnisse und Koalitionen mit anderen Regionen des Landes gebildet wurden. Ein wichtiger externer Grund waren die schlimmen Regenfälle. Die Verwüstungen, die sie provoziert haben, sind in den Mittelpunkt der (medialen) Aufmerksamkeit gerückt und haben die Proteste in den Hintergrund rücken lassen. Die Protestierende sagen jedoch: „Wir kommen wieder.“ Dass die Regierung auf die Naturkatastrophen nicht angemessen reagiert hat, führt im Norden zu Protesten. Im restlichen Land führt die fehlende Antwort auf die enorm gestiegenen Lebenshaltungskosten zu großer Unzufriedenheit.

Alexander Shimpukat vom Volk der Shipibo-Konibo ergänzte die Ausführungen von Pilar Arroyo: Die indigenen Völker im Amazonasgebiet waren eher zurückhaltend und beobachtend bei den Protesten. Das, was jetzt bei den Protesten passiert, erlebten sie jedoch schon seit langem: Morde an indigenen Anführer\*innen und Straflosigkeit. Schon immer verletze der Staat die Indigenen und ihre Territorien.

In den vier Arbeitsgruppen wurden die angesprochenen Themen vertieft. Und am Sonntagmorgen konnten die Teilnehmenden beim Markt der Möglichkeiten noch Projektideen, Initiativen und Vereine kennenlernen bzw. selbst vorstellen: von einem geplanten Dokumentarkurzfilm über die Postkartenaktion der Initiative Lieferkettengesetz, Projekte der Infostelle bis hin zur Arbeit der Paulo Freire Gesellschaft Berlin, der Städtepartnerschaft Treptow-Köpenick und des Vereins Infoe.

Stimmen zum Seminar: „Ein toller Ort des Dialogs und der Diskussion! Ich gehe mit vielen Fragen, aber auch mit der Motivation, mich für eine gerechtere Welt zu engagieren.“ „Eine sehr spannende und anregende Atmosphäre, mit vielen anregenden Zwischengesprächen!“ „Es war wie eine Kurzreise nach Peru.“

*Annette Brox*

*Präsentationen der Referent\*innen zum Download:*

[Präsentation Kupfer](#)

[Patient Peru Fabiola Torres](#)

[Lieferkettengesetz Mattes Tempelmann](#)

[Abkommen von Escazú Antonio Zambrano](#)

#### 4. “Es gibt keine Seife, die das alles abwaschen kann.”

Im Rahmen einer Online-Veranstaltung hatte die Infostelle die freie Journalistin Jacqueline Fowks und Edith Calisaya von der indigenen Organisation OMABASI in Puno zum Gespräch über die politische Krise und indigenen Widerstand eingeladen. Das folgende Interview ist eine Zusammenfassung der Veranstaltung.

**César Bazán:** Was hat sich an der politischen Situation in den letzten Wochen geändert?

**Jacqueline Fowks:** Die Demonstrationen sind weniger geworden, aber es gibt noch welche. Die Demonstrierenden werden weiter von der Polizei sehr schlecht behandelt, z.B. bei einer Demonstration der Angehörigen der Opfer in Huamanga. Regierungsvertreter reisen jetzt öfter in die Provinzen. Sie erfahren dort eine starke Ablehnung durch die Bevölkerung. Auch in Umfragen ist die Ablehnung gegen die Regierung Boluarte weiter hoch, sie liegt bei 75 Prozent.

**C.B.:** Wie ist die Situation in Puno?

**Edith Calisaya:** Am 9. Januar gab es ein Massaker mit Toten und vielen Verletzten. Wir sind danach zweimal nach Lima gereist, um unsere Stimme dort zu erheben und unsere Rechte einzufordern. Auch dort wurden wir angegriffen. Alle Vertreter der indigenen Organisationen und Gemeinden hier haben sich gegen Boluarte gewendet. Jetzt bereiten wir die nächste Reise vor. Gerade ist Erntezeit, die warten wir ab. Dann reisen wir wieder nach Lima, zusammen mit den Vertretern anderer Regionen. Wir wollen nicht, dass unser Reichtum geraubt wird – Gold, Lithium. Wir wollen keine Umweltverschmutzung mehr, denn wir leben von der Erde. Es schmerzt uns so, dass unsere Kinder getötet wurden.

**C.B.:** Der dritte Marsch nach Lima wird gerade vorbereitet. Besteht die Chance, dass andere Regionen sich anschließen, um mehr Druck auszuüben?

**J.F.:** Ich weiß es nicht. In Puno gibt es weiter Demonstrationen und einmal pro Woche Streik. Die Angehörigen der Opfer demonstrieren immer häufiger, weil die Untersuchungen schleppend laufen und die Verletzten in den Gesundheitseinrichtungen schlecht behandelt und kriminalisiert werden. Die Protestierenden müssen außerdem Geld sammeln für die Reise- und Aufenthaltskosten und für die medizinische Behandlung.

Die Empörung ist nach den starken Regenfällen noch größer geworden, weil die Regierung nicht in der Lage war, angemessen zu reagieren. Das Land funktioniert nicht. Das könnte – neben den politischen Konflikten – die Proteste verstärken.

**C.B.:** Gibt es eine Aymara-Identität in den Protesten? Ist es ein indigener Aufstand?

**E.C.:** Wir sprechen hier verschiedene Sprachen: Aymara, Quechua und Uros. Wir haben unsere Traditionen: Die Gemeindeleitung wird immer zu zweit übernommen, ein Leiter und seine Frau

oder seine Tochter. Es kann nie jemand allein die Führung übernehmen. Denn Sonne und Mond sind ein Paar, genauso wie die Pflanzen und Tiere nur paarweise existieren. Daran orientieren wir uns. Dina Boluarte repräsentiert uns nicht, deshalb kämpfen wir weiter. Delegierte aus den verschiedenen Provinzen versammeln sich und sprechen sich ab. Jetzt machen wir wöchentlich einen Streiktag und wechseln uns dabei ab, denn wir müssen ja auch arbeiten und uns um unseren Lebensunterhalt sorgen. Wir sagen vorher nicht, wann und wo wir uns treffen. Das geht ganz spontan – aus Sicherheitsgründen.

Als wir in Lima waren, hatten wir unsere Kinder dabei. Wir können sie ja nicht daheim lassen. Und sie haben uns trotzdem mit Tränengas beschossen. Sie haben kein Gefühl!

**C.B.:** Ist die Repression der Regierung rassistisch? Gibt es Solidarität in Lima mit Euch?

**E.C.:** Wir wurden als Terroristen bezeichnet. Und dann hieß es, die Drogenhändler finanzieren uns. Und dann, dass Evo Morales und Bolivien uns Waffen geliefert hätten. Das macht uns wütend. Weil wir unsere Kinder mit nach Lima genommen haben, wurden wir vom Bildungsminister diskriminiert, er hat uns mit Tieren verglichen. Die Parlamentarier behandeln uns genauso. Wir fragen uns, wen haben wir da gewählt? Wir fordern die Wiedereinsetzung von Castillo als Präsidenten. Das System ist kolonialistisch und imperialistisch. Wir gelten als unfähig.

Als wir in Lima waren, hatten wir kein Geld. Da haben wir Unterstützung von anderen Provinzen, z.B. aus Arequipa und Ica, bekommen. Dann haben sie uns unterstellt, wir würden von Drogenhändlern finanziert. Nein, das ist unser Verständnis von gegenseitiger Unterstützung. Es wurde in den Gemeinden gesammelt. Keine Partei, kein Kapitalist hat uns unterstützt. Und in Lima haben uns Leute unterstützt, z.B. mit Schlafplätzen in der Universität San Marcos.



*Jacqueline Fowks und Edith Calisaya*

**C.B.:** Viele Protestierende fordern Neuwahlen. Warum wollt Ihr dagegen die Rückkehr von Castillo ins Präsidentenamt?

**E.C.:** Wer kandidiert denn bei den Wahlen? Das Geld! Wer wird uns dann regieren: wieder die Rechte, die Korrupten. Deshalb: Erst soll Castillo wieder Präsident werden, dann soll es eine verfassungsgebende Versammlung geben. Die aktuelle Verfassung ist zu wirtschaftsfreundlich. Das verschmutzt unsere Böden und unser Wasser und bedroht unser Leben. Die Unternehmen rauben uns unseren Reichtum, das wollen wir nicht mehr zulassen. Wir wollen ein würdiges Leben. Denn wir haben viel Wissen und Kenntnisse, wir sind viele Professionelle – und so wollen wir behandelt werden!

**C.B.:** Welche Rolle spielen das Militär und andere staatliche Institutionen in diesem Konflikt?

**J.F.:** Die Polizisten haben Bonuszahlungen bekommen, nachdem sie Demonstrierende getötet haben. Das Militär spielt eine wichtige Rolle, die Militärspitze äußert sich im Sinne des Regierungsdiskurses und stigmatisiert die Demonstrierenden.

Die Generalstaatsanwältin hat eine Medaille aus den Händen von Lopez Aliaga, dem ultrarechten Bürgermeister von Lima, entgegengenommen. Und sie führt die Untersuchungen im Sinne der Präsidentin. Sie hat zwar eine Sonderkommission für die Ermittlungen eingerichtet. Aber in dieser Kommission hat nur ein Mitglied Erfahrung in Menschenrechtsuntersuchungen, alle anderen sind Vertraute der Staatsanwältin.

Das Justizministerium hat Geld an die Opferfamilien ausgezahlt. Aber es gibt keine Transparenz, wer Geld erhalten hat.

Es gibt eine „autoritäre Koalition“ zwischen Regierung, Kongress, Militär, Polizei und Justiz, und natürlich auch den Wirtschaftsunternehmen und der Presse von Lima.

Das einzige Gegengewicht ist die staatliche Ombudsstelle Defensoría del Pueblo. Gerade wird versucht, auch sie auf die Seite der Regierung zu ziehen.

**C.B.:** In diesen Tagen kommt der Bericht der Interamerikanischen Menschenrechtskommission CIDH heraus. Wird das die Regierung beeindrucken? Welche Rolle spielt das internationale Image für die Regierung?

**J.F.:** Die Regierung hat viel Geld für eine Image-Kampagne ausgegeben, die ein US-amerikanisches Unternehmen entwickelt hat. Dazu sagte jemand: „Es gibt keine Seife, die das alles abwaschen kann.“ Der EU-Außenbeauftragte Josep Borell hat im Europaparlament sehr kritische Fragen zur staatlichen Gewalt bei den Protesten gestellt und einen Dialog über Neuwahlen gefordert. Und die spanische Regierung hat die Lieferung tödlicher Waffen nach Peru untersagt, solange es gewaltsame Unterdrückung gibt. Ansonsten ist die Haltung der Regierungen wenig klar. Am meisten Zurückhaltung gab es von Seiten der USA.

**C.B.:** Wie siehst Du die Zukunft?

**J.F.:** Peru ist so wenig vorhersehbar. Es ist besser, gar keine Vorhersagen zu treffen, nicht einmal über mögliche Szenarien. Haben im Parlament die politischen Spannungen ein größeres Gewicht oder doch das Bestreben, die eigenen Interessen weiter zu sichern? Viele Parlamentsmitglieder wollen die Zeit nutzen, um ihre persönlichen (wirtschaftlichen) Interessen zu sichern.

## **5. 11.000 Kilometer und eine Pandemie konnten uns nicht bremsen**

### **25 Jahre Städtepartnerschaft des Berliner Bezirks Treptow-Köpenick mit der Provinz Cajamarca**

Vor 25 Jahren, im Mai 1998, flogen der damalige Bezirksbürgermeister von Berlin-Köpenick, ein Vertreter der Kommunalen Ökumene und ich mit allerlei Gastgeschenken im Gepäck nach Peru, um Cajamarca, eine mögliche Partnerstadt von Köpenick, kennenzulernen. Wir ahnten nicht, dass wir gleich mit einer von zwei Bürgermeistern unterschriebenen Partnerschaftsvereinbarung zurückkehren würden.

Die Bürgermeister hatten sich bereits 1995 auf dem Weltklimagipfel in Berlin kennengelernt und festgestellt, dass sie hinsichtlich der Umsetzung der UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung in Rio 1992 ziemlich ähnlich tickten. Von Anfang an war die Partnerschaft nicht als Besuchsprogramm für verdiente Kommunalpolitikerinnen konzipiert, sondern als nachhaltigkeitsorientierter Austausch auf Augenhöhe zu Themen wie Bürgerinnenbeteiligung, kommunaler Umweltschutz und vor allem im weiteren sozialen Bereich.

### **Partnerschaft zwischen Kindergärten**

Natürlich lernten sich auch die wichtigsten Akteur\*innen in Verwaltung und Zivilgesellschaft kennen: bei Praktika u.a. im damaligen Haus Natur und Umwelt und in der Provinzverwaltung Cajamarca, auf einer Konferenz zur Wasser- und Abwasserbehandlung und in vielen anderen persönlichen Begegnungen. Schon früh kamen je zwei Kindergärten in Cajamarca und in Köpenick miteinander in Kontakt. Ein Kindergarten bei uns schied später aus, dafür kam eine neuer: der *Kleine Fratz* übernahm die Partnerschaft mit dem innerstädtischen Kindergarten in Cajamarca. Der Austausch der beiden anderen – Waldspielhaus und Pachacútec – ging einfach weiter, und bald lernten die jeweiligen Kita-Leiterinnen ihre Partneereinrichtungen kennen und tauschten ihre pädagogischen Konzepte aus (bald kamen aus allen Kitas weitere Erzieherinnen dazu). Bis heute sind die Kindergärten ein fester und verlässlicher Baustein in der Städtepartnerschaft.

Etwas weniger erfolgreich war die Zusammenarbeit von weiterführenden Schulen in Treptow-Köpenick und Cajamarca. Zwar war mit dem Colegio San Vicente de Paúl in Baños del Inca schnell eine engagierte Schule in der Provinz Cajamarca gefunden, doch hier tat sich die deutsche Seite schwer. Mehrere Versuche, Gymnasien in Treptow-Köpenick mit dem Colegio San Vicente de Paúl verbinden, scheiterten.

### **Senior\*innen-Olympiade nach Vorbild aus Cajamarca**

Schon bald gesellte sich ein weiterer Bereich dazu: die Arbeit im Gesundheits- und Behindertenbereich. Die frühere Köpenicker Amtsärztin Dr. Ida Beier und Christa Stark, die in Cajamarca eine einmalige Arbeit mit behinderten Jugendlichen und Erwachsenen aufgebaut hatte, wurden rasch Freundinnen. Ida Beier war mindestens siebenmal zu Einsätzen in Cajamarca, um dort die Gesundheitsarbeit zu unterstützen. Für Abiturientinnen bot sich die Gelegenheit, bei Christa Stark in der Asociación Santa Dorotea ein Freiwilliges Soziales Jahr zu absolvieren. (Dieses Angebot kann seit einigen Jahren leider nicht mehr aufrechterhalten werden.) Und aus Cajamarca schwappte die Idee einer Olympiade 60+, eines sportlichen Wettbewerbs der Seniorinnen, auch nach Treptow-Köpenick. Trotz Pandemie konnte diese Olympiade mittlerweile auch bei uns viermal ausgetragen werden.

Als vorläufig letzte direkte Partnerschaft kam die Zusammenarbeit zwischen zwei Einrichtungen der außerschulischen Bildungsarbeit, MICANTO in Cajamarca und dem Technischen Jugendbildungsverein in Praxis (TJP e.V.) in Treptow-Köpenick, dazu. Seit 2019 besteht ein reger virtueller Kontakt, über Zoom gab es z.B. einen Upcycling-Workshop.

### **Hilfe während der Pandemie**

Auch die Pandemie hat es nicht geschafft, uns auszubremsen. Mit den Möglichkeiten der virtuellen Kontakte gab es für uns eher die Möglichkeit zum direkten Austausch. Ende 2020 konnten wir so mit Mitteln des Landes Berlin ein Programm „Gemeinsam gegen Covid-19 in Cajamarca“ durchführen. Die Kindergärten produzierten kleine Videospots zur richtigen Hygiene, MICANTO produzierte mit dafür in Cajamarca angeschafften Nähmaschinen Masken. Die Seniorinnen der verschiedenen Gruppen begannen mit dem Anlegen von Biogärten. Nach Projektabschluss ging die Arbeit trotzdem weiter, die Spots wurden in ganz Peru nachgefragt, die Nähmaschinen sind jetzt zur Berufsvorbereitung der Jugendlichen von MICANTO im Einsatz, und die Seniorinnen haben durch den Verkauf ihrer Produkte ein kleines zusätzliches Einkommen – gelebte Nachhaltigkeit.

Gemeinsam mit dem Colectivo Cajamarca Respira (Kollektiv Cajamarca atmet) haben wir eine Spendensammlung für eine Sauerstoffabfüllanlage für Cajamarca organisiert, die sich in

Pandemiezeiten als notwendig erwiesen hatte. Die Infostelle Peru schloss sich dem Aufruf an, so dass in Deutschland über 20.000 € an Spendengeldern gesammelt werden konnten.

### Fairer Handel mit Cajamarca

Bei der Teilnahme von Cajamarca und Treptow-Köpenick am Projekt „Kommunale Nachhaltigkeitspartnerschaften mit Lateinamerika“ der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) von Engagement Global (2020 – 2022) wurde von uns der Schwerpunkt auf die Themen Seniorinnen und Fairer Handel gelegt. Wir tauschten uns intensiv über die Situation der älteren Bevölkerung und die Beteiligungsmöglichkeiten in beiden Städten aus; erste Gruppen von Seniorinnen in Cajamarca und Treptow-Köpenick sind in Kontakt miteinander getreten. Alle am SKEW-Projekt beteiligten lateinamerikanischen Städte zeigten sich am lateinamerikanischen Fair-Trade-Zertifizierungsprogramm CLAC interessiert, so dass es hierzu bald eine Zoomkonferenz geben wird.

Leider fand wegen der Pandemie fast alles virtuell statt, auch die feierliche Veranstaltung zur Erneuerung der Partnerschaftsvereinbarung im März 2021, jetzt auch mit der Erwähnung der UN-Nachhaltigkeitsziele, an der übrigens auch beide Bürgermeister teilnahmen, die 1998 die erste Vereinbarung unterzeichnet hatten.

Ein nicht immer zu vernachlässigendes Hindernis stellt natürlich die sprachliche Hürde dar. Bei den meisten beteiligten deutschen Einrichtungen haben wir glücklicherweise mindestens eine Person, die Spanisch spricht. Trotzdem ist es für alle eine zusätzliche Belastung.



*Besucherinnen aus Cajamarca mit dem Hauptmann von Köpenick ©staepa-cajamarca.de*

### Feierlichkeiten zur „Silberhochzeit“

Dieses Jahr sind wir schon bei unserer „Silberhochzeit“ angekommen. In Cajamarca hat es bereits mehrere Festveranstaltungen und weitere Aktivitäten gegeben. In Treptow-Köpenick ging es los mit der europäischen Premiere des Films „Vientos y memorias“ (Winde und Erinnerungen) des Regisseurs Heeder Soto im März. Mit neun neuen Roll-ups werden die Arbeit der Städtepartnerschaft und einige Akteur\*innen in den Partnerstädten vorgestellt. Im Mai kamen gleich zwei Aktivitäten dazu: ein Open-Air-Konzert im Rahmen der Reihe „Après Church“ mit der peruanischen Gruppe Alma Andina und die Wandmalaktion des Aktivisten und Künstlers Alexander Shimpukat aus Yarinacocha an einem bezirkseigenen Gebäude in Adlershof. Wir konnten Alex' Berlinaufenthalt im Rahmen eines infoe-Programms nutzen und ihn uns für eine Woche „ausleihen“.

Geplant sind außerdem noch eine Radtour im Rahmen des „Stadtradelns“, die uns zum Wandbild, zum Kleinen Fratz und zu TJP führt, die Beteiligung an den Feierlichkeiten zum 30-jährigen Jubiläum der Kommunalen Ökumene, der 25-jährigen StäPa und des 20-Jährigen des Interkulturellen Gartens Wuhlegarten sowie eine Veranstaltung zum religiösen Leben in Peru, beide im September. Weitere Filme werden das Programm abrunden. Auf der [StäPa-Homepage](#) sind laufend Informationen zu gewesenen und zukünftigen Aktivitäten zu finden.

Neugierig geworden? Helfende Hände können wir immer brauchen. Schreibt uns bei Interesse einfach eine E-Mail an [info@staepa-cajamarca.de](mailto:info@staepa-cajamarca.de)! Eigentlich würden wir auch gern 2048 unsere Goldene Hochzeit feiern, dafür braucht es aber frische Kräfte, schließlich ist auch uns keine ewige Jugend gegeben.

*Michael Schrick*

***Die Informationsstelle Peru gratuliert der Städtepartnerschaft Treptow-Köpenick – Cajamarca ganz herzlich zu 25 Jahren aktiver Partnerschaft und gelebter Solidarität!***

## 6. Ankündigungen und Hinweise – Juni 2023

Neue Filme, Online-Veranstaltungen, Feste.....

### 2 neue Kurzfilme auf unserem YouTube-Kanal

Auf unserem [Youtube-Kanal](#) gibt es zwei neue Kurzfilme, die auch gerne im Rahmen von Veranstaltungen gezeigt werden dürfen: In „Tajimat Pujut“ erklären Mitglieder der Awajún, was für sie das „Gute Leben“ bedeutet, und zeigen, wie sie ihren Alltag und ihr Zusammenleben gestalten.

„Comando Matico“ zeigt, wie die indigene Gesundheitsinitiative Comando Matico in Ucayali in der Corona-Pandemie 800 Patientinnen und Patienten behandelt und dabei traditionelle Heilpflanzen und -methoden eingesetzt hat.

## **Inti Raymi Festival München – Sonnwendfest der Anden**

Schlüsselgarten, Cosimastr. 41 in München-Bogenhausen

**Samstag, 24. Juni 2023, 12.30 Uhr bis 21.00 Uhr**

Das Fest der Sonne, ist bis heute das bekannteste Fest der Anden. Zu Zeiten der Inkas war es das wichtigste Fest im Jahr – die Feier der Wintersonnenwende und der Beginn des neuen Erntejahres zu Ehren des Sonnengottes (Inti= Sonne) und der Mutter Erde (Pachamama). Der Verein Asociación Cultural Peruana “Chasqui” präsentierte das Inti Raymi Festival zum ersten Mal im Jahr 2010 in München und feiert in diesem Jahr das 10jährige Jubiläum. Nähere Informationen gibt es [hier](#).

### **Ausstellung Klima:Wasser**

Das Projekt „Klima:Wasser“ vom Verein „Menschen Miteinander / Interkultureller Garten Oberes Enztal e.V.“ hat eine Ausstellung rund um die Themen Wasser, Klima und SDGs erarbeitet, bei der es auf zwei Ausstellungstafeln auch um Peru geht. Die Ausstellung ist bis September an verschiedenen Orten der Region zu sehen. Nähere Infos gibt es [hier](#).

### **Crashkursreihe zur Rohstoffwende**

PowerShift e.V. bietet im September einen „Crashkurs Rohstoffwende“ für politisch Aktive und Multiplikator\*innen an. Mitveranstalterin ist u.a. auch die Kampagne Bergbau Peru. Nähere Infos [hier](#).

## **7. Goldfieber bedroht Awajun am Fluss Cenepa**

**Augustina Mayan vom Volk der Awajún warnt vor den Auswirkungen des illegalen Goldabbaus.**

Im Norden Perus, an der Grenze zu Ecuador, liegt die Cordillera del Cóndor, ein sehr artenreiches Gebiet, in dem typische Amazonas-Tieflandwälder sowie Gebirgswälder zu finden sind. Seine Gipfel und Hänge sind noch abgelegen und weitgehend unzugänglich, sodass sie kaum erforscht sind. Die Cordillera del Cóndor beherbergt eine bemerkenswerte Vielfalt an Vogel-, Insekten- und Säugetierarten, darunter auch endemische und weltweit bedrohte Arten, was es zu einem Schlüsselgebiet für den Naturschutz macht.

Das Gebiet der Kordilleren und ihrer Flüsse sind indigenes Gebiet. Die indigenen Völker, die es bewohnen und zur Gruppe der Jibaro gehören, haben seit Jahrhunderten ihr Gebiet verteidigt gegen die aufeinanderfolgenden Wellen der Kolonisierung, der religiösen und extraktiven Aktivitäten während der Kolonie, der Republik und der Kautschuk-Ära. Sie haben 1995 sogar an

vorderster Front für die Verteidigung der Landesgrenzen gekämpft. Gegenwärtig sehen sich die indigenen Gemeinschaften in diesem Teil des nördlichen peruanischen Amazonasgebiets einer weiteren großen Bedrohung gegenüber: der Bedrohung durch den Bergbau, der ihre Gebiete für die wahllose Ausbeutung von Öl, Gold, Holz und anderen Ressourcen öffnen will.

So haben die wachsende Nachfrage und die hohen Goldpreise auf dem Weltmarkt dazu geführt, dass immer mehr Minencamps und Saugbagger für den Goldabbau auftauchen und den Cenepa-Fluss belasten. Die indigenen Awajún-Gemeinschaften in diesem Gebiet, die sich in ihrer Organisation ODECOFROC zusammengeschlossen haben, kämpfen hart für die Verteidigung ihres Gebiets. Sie verfügen jedoch nicht über die notwendige Unterstützung, um diesem globalen Goldrausch, der zu Verschmutzung und Konflikten führt, entgegenzuwirken. Dieser Teil des nördlichen peruanischen Amazonasgebiets, der seit Jahren von seinen indigenen Gemeinschaften verteidigt wird, läuft Gefahr, das gleiche Schicksal zu erleiden wie die Gebiete von Madre de Dios (Südperu), mit Gewalt, Tod und Verwüstung, die der illegale Goldabbau mit sich bringt.

Über die Situation des Amazonasgebiets am Cenepa, die Bedrohungen und die Alternativen des Awajún-Volkes sprach Vanessa Schaeffer von der Infostelle Peru mit **Augustina Mayan**, einer Anführerin der Awajún-Indigenen, Mitglied von ODECOFROC und von der peruanischen Regierung als Umweltschützerin anerkannt.

### **Frau Mayan, wo befinden sich die illegalen Goldgräber und wie gehen sie vor?**

AM: Dieser illegale Bergbau wird an den Ufern, in der Mitte und an den Seiten des Cenepa-Flusses, als alluvialer Abbau, betrieben. Die Goldgräber sind so weit vorgedrungen, dass sie unseren Fluss in einigen Bereichen gesperrt haben und wir ihn nicht mehr wie früher frei befahren können. Die Goldgräber haben Häuser und schwimmende Bagger, die einfach ihre Position verändern können; sie haben auch ihre kleinen Boote, mit Außenbordmotoren, und dieselgetriebene Generatoren, mit denen sie den Sand aus dem Fluss saugen, um das Gold zu trennen.

Damit sie Gold abbauen können, sind diese Goldschürfer in die indigenen Gemeinden eingedrungen und haben einige Dorfbewohner davon überzeugt, sie auf ihren Höfen, auf ihrem Land arbeiten zu lassen. Einige Dorfbewohner helfen ihnen; die Goldschürfer nutzen deren Not aus und versprechen ihnen Geld.

### **Welchen Bedrohungen sind die indigenen Gemeinschaften ausgesetzt?**

AM: Weil wir unseren Cenepa-Fluss verteidigen, werden wir indigenen Verteidiger direkt von den Goldschürfern bedroht, die uns als Gegner ihrer Entwicklung und ihrer Pläne zum Goldabbau sehen. Sie kommen dorthin, wo wir sind, in unsere Häuser. Sie sind in das Gebäude unserer Organisation gekommen und haben es niedergebrannt, wir waren dort, wir wurden gerettet. Sie drohten, uns zu töten. Wir hatten die Behörden gewarnt, aber es wurde nichts unternommen. Wir haben ein Komitee zu unserer Verteidigung gegründet. Das ist sehr gefährlich, das wissen wir.

Aber wir wissen auch, dass die Verschmutzung durch den Bergbau noch gefährlicher ist. Unsere Kinder baden direkt am Flussufer, und jetzt bekommen sie Ausschlag. Die Fische, die wir zum Essen fangen, verschwinden. Durch die Arbeit wird der Boden abgetragen, es gibt keine kleinen Krebse mehr. Auch unsere Kultur ist in Gefahr, die Awajún-Töpferei, die von der [UNESCO als Kulturerbe](#) anerkannt ist. Die Töpferinnen des Cenepa arbeiten mit Ton aus den Flüssen, der Bergbau gefährdet all dies.

### Wie haben die Gemeinden in diesem Gebiet reagiert?

AM: Die Goldschürfer haben einige Dorfbewohner überzeugt, indem sie ihre Notlage ausnutzten und ihnen sagten, sie würden die Umwelt nicht verschmutzen. Der hohe Goldpreis ist eine große Versuchung. Aber in Wirklichkeit ist die Mehrheit unserer Gemeinden dagegen. Aufgrund der Gewalt und der Drohungen haben viele Angst, sich zu äußern und Widerstand zu leisten. Die Goldgräber kommen mit Waffen und Gewalt. Die Reservisten aus unseren Gemeinden (ehemalige Soldaten) haben die Nase voll und sind es leid, alles zu tolerieren, und die Bevölkerung des Cenepa hat zusammen mit Odefroc zwei Schwimmbagger verbrannt. Wir nennen dies ein Verbot aufgrund unserer Kultur als Awajun. Es sind noch mehr als 20 illegale Schwimmbagger in Betrieb. Die Goldschürfer wollen sich für den Verlust ihrer Bagger rächen und greifen die Organisation an, um die absolute Kontrolle zu erhalten.



Augustina Mayan, ODEFROC © Cooperacion

**Welche Maßnahmen haben Sie gegenüber der Regierung und den Behörden ergriffen?**

AM: Wir sind immer zur Polizei gegangen, zum Büro des Ombudsmanns und zur Staatsanwaltschaft. Wir haben sieben Goldschürfer festgenommen und der Staatsanwaltschaft übergeben, aber dann wurden sie freigelassen und kehrten mit weiteren Baggern in das Gebiet zurück, weil der Staat weder die Mittel noch den Willen hat, sie zu stoppen. Sie beschuldigen uns. Wir haben Schutzgarantien erhalten, das Justizministerium hat uns als Verteidiger in ihr Frühwarnsystems aufgenommen, aber dieser Mechanismus ist nicht nützlich, wir haben keine Sicherheit.

**Welche Wege schlägt die indigene Organisation für ihre Gebiete vor?**

AM: Zunächst einmal sollten die Goldgräber wissen, dass das Gesetz diese illegale Arbeit verbietet. Dieser Bergbau wird niemals legal werden, da es sich um alluvialen Bergbau handelt, der gesetzlich verboten ist und ein Verbrechen darstellt. Wir glauben an unser Land, wir haben versucht, die Ministerien zu beeinflussen, wir wollen zum Beispiel, dass der Präsident uns anhört und uns empfängt. Ich habe mich an das Präsidium des Ministerrats gewandt, und sie haben uns gesagt, dass sie über alle Informationen verfügen, dass es aber an Mitteln für die Durchsetzung des Schürfverbotes fehlt. Wir haben das Wirtschaftsministerium gebeten, Geld für das Verbot zur Verfügung zu stellen. Wir versuchen, Schritt für Schritt vorzugehen und die Möglichkeiten auszuschöpfen. Aber die Sache wird immer umfangreicher, und wir sind müde. Wir gehen Schritt für Schritt vor. Dies geschieht auch auf der ecuadorianischen Seite, und es breitet sich auch in unserem Gebiet aus.

Aber die Goldschürfer, die hierherkommen, sind keine Awajun, sie sind Peruaner, aber sie sind Apash (Nicht-Indigene). Vielleicht sind es Goldgräber, die aus Madre de Dios kommen. Wir wissen, dass das Verbot allein dieses Problem der jahrelangen Vernachlässigung durch den Staat nicht lösen wird. Der Cenepa ist verarmt, wir leben in extremer Armut, wir müssen dringend alternative (Wirtschafts-)Projekte fördern. Aus den indigenen Organisationen heraus haben wir Genossenschaften gegründet, wir säen und verkaufen Kakao, wir haben unsere Höfe in verschiedenen Klimastufen, wir haben Fischfarmen und Awajún-Keramiken. Wir haben verschiedene Vorschläge, aber wir brauchen Unterstützung.

*Das Interview führte Vanessa Schaeffer*

Einen [ausführlichen Artikel](#) zum historischen Hintergrund des aktuellen Goldfiebers am Cenepa-Fluss können Sie auf der Seite der Bergbaukampagne Peru lesen.

## 8. Produkte aus dem Amazonas auf dem Prüfstand

Ab 2025 dürfen nur noch Produkte in die EU eingeführt werden, die nachweisen können, dass für ihre Herstellung seit 2020 kein Baum fallen musste. Für manch peruanische Produzenten eine grosse Herausforderung.

Europa ist der drittgrößte Handelspartner Perus und einer der wichtigsten Abnehmer Lebensmittel. Ein Großteil dieser Produkte stammt aus einem der empfindlichsten Ökosysteme, das von Abholzung bedroht ist: dem Amazonasgebiet. Der Konsum in Europa verursacht laut offizieller Zahlen der EU etwa 10 % der weltweiten Entwaldung.

Deshalb hat das Europäische Parlament im April eine Verordnung verabschiedet, die sicherstellen soll, dass die von den EU-Ländern importierten Produkte nicht aus Gebieten stammen, in denen Wald abgeholzt wurde. Die importierenden Unternehmen müssen überprüfen, dass ihre nach dem 31. Dezember 2020 erzeugten Waren „nicht aus Entwaldung stammen oder Waldschädigung verursacht haben“.



*Auch Kaffee fällt unter die neue Bestimmung der EU © Andina*

Die Verordnung gilt für Fleisch, Kakao, Kaffee, Palmöl, Soja, Holz, Gummi, Holzkohle und Papier. Als zusätzliche Anforderung wurde festgelegt, dass diese Produkte in ihrer gesamten Wertschöpfungskette die Achtung der Menschenrechte und der Rechte der indigenen Völker gewährleisten müssen.

Ein großer Teil der peruanischen Produkte stammt aus dem Amazonasgebiet und wird nach Spanien, Frankreich, Deutschland, Italien, in die Niederlande und nach Schweden exportiert.

Wie mehrere Studien belegen, ist die Ausweitung landwirtschaftlicher Flächen im Amazonasgebiet oft mit Entwaldung verbunden. Bei Holzprodukten gibt es nach wie vor große Probleme, ihre legale Herkunft zu garantieren.

2019 und 2020 hat die Entwaldung in Peru ein historisches Ausmaß erreicht, und nach Hochrechnungen des Amazonas-Netzwerks Raisg könnten sich diese Verluste zwischen 2021 und 2025 auf 857.000 Hektar Wald belaufen – eine Fläche, die der doppelten Fläche der Region Tumbes entspricht.

Aramís Castro hat für [OjoPúblico](#) die Exportzahlen analysiert und die wichtigsten im Amazonasgebiet tätigen Unternehmen identifiziert. Sie müssen sich jetzt an die europäische Norm anpassen, wenn sie ihre Produkte weiterhin in diese Region exportieren wollen.

### **Holz, Kaffee und Kakao im Rampenlicht**

Der Holzexport ist eines der wichtigsten Geschäfte zwischen dem Amazonasgebiet und Europa. Die Grupo Maderero Amaz S.A.C., seit 2016 tätig, ist das bedeutendste Unternehmen der Branche. Von Januar bis Juni 2022 verdoppelte sie ihre Lieferungen im Vergleich zum gleichen Zeitraum 2021. Die wichtigsten Zielländer waren China, Frankreich und Dänemark. Unter den Lieferanten des Unternehmens ist auch Segundo Santos Montenegro Dávila, der 2021 144 Kubikmetern der vom Aussterben bedrohten Baumart Shihuahuaco lieferte. Die Bäume stammten aus einer Konzession, die 2018 von der Aufsichtsbehörde für Forst- und Wildtierressourcen (Osinfor) verworfen wurde. Osinfor leitete ein Sanktionsverfahren gegen Montenegro Dávila ein und verhängte eine Geldstrafe für die Entnahme von 57 Kubikmetern.

Grupo Amaz verfügt über eine bis 2026 gültige Zertifizierung des Forest Stewardship Council (FSC), die die Nachhaltigkeit des gesamten von dem Unternehmen gekauften und exportierten Holzes gewährleistet. Bei der Analyse der Lieferantenunterlagen für diesen Bericht wurde jedoch festgestellt, dass einer der Lieferanten von der Forstbehörde beobachtet wurde. Holzhandel wird vor allem in Ucayali betrieben. Hier auch Forestal Cumarú S.R.L. ansässig. Das Unternehmen hat seine Exporte von Januar bis Juni letzten Jahres im Vergleich zu 2021 fast verzehnfacht.

Auch Forestal Cumaru wird von Segundo Montenegro Dávila beliefert. 106 Kubikmeter Mashonaste-Holz, die das Unternehmen im Oktober 2022 kaufte, stammte aus der gleichen Konzession.

Auf Anfragen von OjoPúblico reagierten beide Unternehmen bisher nicht.

Ein weiteres sensibles Exportprodukt ist **Kaffee**. Die zweit- und viertgrößten Kaffeeanbaugebiete befinden sich in den Regionen San Martín und Amazonas. Aus diesen Regionen beliefern lokale Erzeuger die wichtigsten Exporteure des Landes, doch sind diese Unternehmen bisher nicht verpflichtet, über die Herkunft ihrer Lieferanten zu berichten.

Marktführer im peruanischen Kaffeesektor ist das Unternehmen Perales Huancaruna S.A.C., das seit 1986 tätig ist und im vergangenen Jahr einen Umsatz von mehr als 210 Mio. US-Dollar erzielte. Perales Huancaruna gibt an, dass es über verschiedene grüne Siegel und andere Nachhaltigkeitszertifikate verfügt, macht aber – auch auf Nachfrage – keine weiteren Angaben zu seinen Lieferanten. 2021 und 2022 beherrschten zehn Unternehmen mit einem Marktanteil von 56,4% den Kaffeeexport. Bis heute konnten sie nicht garantieren, dass ihre Kaffeebohnen nicht aus Anbaugebieten kommen, für die Regenwald abgeholzt wurde.

Mehrere nationale und internationale Studien haben gezeigt, dass es an mehreren Orten einen Zusammenhang zwischen Abholzung und Kaffeeanbau gibt. In Peru gibt es jedoch keine offiziellen Informationen, um eine transparente Kaffee-Lieferkette zu gewährleisten.

Seit Ende 2019 gibt es ein von PromPerú (staatliche Kommission zur Export- und Tourismusförderung) eingeführtes öffentliches Qualitätssiegel für Exportprodukte. Dieses Dokument garantiert jedoch nicht, dass die Rohstoffe nicht aus der Abholzung stammen. Auf privater Seite stellen das Nationale Kaffeeamt (JNC) und die peruanische Kaffee- und Kakaokammer ein Ursprungszeugnis aus, um zu bescheinigen, dass die von den Erzeugern und Exporteuren angebotene Ernte aus Peru stammt. Doch wie bei anderen Dokumenten wird auch hier die Nachhaltigkeit in der Lieferkette nicht bescheinigt.

Der Geschäftsführer des Nationalen Kaffeeverbandes, Lorenzo Castillo Castillo, erklärt, dass es für seinen Verband, dem 56 Organisationen aus 14 Regionen des Landes angehören, schwierig sei, sicherzustellen, dass der in Peru geerntete Kaffee nicht mit dem Verlust von Wäldern in Verbindung gebracht werden kann, so wie es die EU-Verordnung zu entwaldungsfreien Lieferketten vorschreibt. „Die Verordnung trifft die Kleinerzeuger. Es besteht die Gefahr, dass wir unsere Lieferungen nach Europa nicht erfüllen können“, warnte er.

Castillo Castillo erklärt, dass die peruanische Regierung von den Exporteuren keinen Nachweis über die Herkunft ihrer Produkte verlangt. Der Nationale Agrargesundheitsdienst (Senasa) stellt lediglich ein Pflanzengesundheitszeugnis aus, das die Einfuhrländer zur Vorbeugung und Bekämpfung von Schädlingen und Krankheiten verlangen.

Kaffee exportierende Unternehmen können freiwillig verschiedene unabhängige Siegel wie das Rainforest Alliance- oder das UTZ Certified-Siegel beantragen, die den Schutz von Wildtieren, Ökosystemen, guten landwirtschaftlichen Praktiken sowie die Rechte von Arbeitnehmern und Gemeinschaften unterstützen.

Das dritte wichtige Exportprodukt sind **Kakaobohnen**. Die Unternehmen Cafetalera Amazónica S.A.C., Sumaqao S.A.C. und Agro San Gerardo E.I.R.L. vereinigten 2021 und 2022 44,2 % der gesamten Kakaoexporte auf sich.

Ucayali ist die Region mit dem höchsten Wachstum des Kakaoanbaus, aber auch eine der am stärksten von der Entwaldung betroffenen. So verzeichnet der Kakaoanbau im Bezirk Campoverde Wachstum, während gleichzeitig die Entwaldung von 891,1 Hektar im Jahr 2020 auf 994,7 Hektar im Jahr 2021 zunahm.

Ähnlich ist die Situation in den Kakaoanbaugebieten in Juanjui und Tocache, in San Martín, wo sich die Abholzung zwischen 2019 und 2020 verdoppelt hat.

Im Juli 2020 verabschiedete die peruanische Regierung vier Verordnungen, die zusammen garantieren sollen, dass der peruanische Kakao "nachhaltig und rückverfolgbar" ist. Es gibt jedoch keine öffentlichen Aufzeichnungen darüber, ob die wichtigsten Exporteure diese Maßnahmen umgesetzt haben.

Eduardo Zegarra Méndez, Agrarökonom und leitender Wissenschaftler beim Forschungsinstitut Grade warnt davor, dass die Umstellung der peruanischen Erzeuger auf die neue EU-Verordnung „kompliziert sein [wird], weil ein großer Teil dieser Produkte aus Gebieten stammt, die früher bewaldet waren. Wenn man den Produzenten den Markt abschneidet, sorgt man nur dafür, dass sie verarmen, und die Abholzung wird zunehmen“, sagte er.

### **Palmöl und Gold unter Verdacht**

In der Amazonasregion Ucayali haben in den ersten sechs Monaten des vergangenen Jahres die Ausfuhren von Palmöl die von Holz überholt. Der wichtigste Palmöl-Exporteur ist Sol de Palma. Die wichtigsten Zielländer waren Mexiko, Spanien und Ecuador. Das Unternehmen Grupo Ocho Sur befindet sich seit 2016 im Konflikt mit der Gemeinde Santa Clara de Uchunya, die beklagen, dass auf Gebieten, die sie für sich beanspruchen, Ölpalmen angebaut wurden. Bis heute sind weder Sol de Palma noch Ocho Sur Mitglieder des Runden Tisches für nachhaltiges Palmöl (RSPO), einer Vereinigung, die die Nachhaltigkeit in der Produktionskette von Ölpalmen zertifiziert. Die wichtigsten Palmölproduzenten in Ucayali – Olamsa und Servicios Agrarios de Pucallpa, letzteres gehört zur Gruppe Ocho Sur – geben keine Auskunft über ihre Kunden in Peru, die das Produkt dann exportieren.

In Madre de Dios entfielen in den ersten sechs Monaten des vergangenen Jahres 57 % des Wertes aller Goldexporte aus der Region auf die beiden Unternehmen E&M Company und A&M Gold Metal Trading. E&M Company hat Gold nach Indien, in die Vereinigten Arabischen Emirate und nach Kanada exportiert. Ihr Geschäftsführer, Miguel Zinanyuca Cruz, ist Teil einer Untersuchung der Umweltstaatsanwaltschaft von Madre de Dios wegen des Verbrechens des illegalen Bergbaus. Der Fall befindet sich in der Vorbereitungsphase und reicht bis ins Jahr 2013 zurück.

### Herausforderungen für Peru

Ada Lis Rosell Villavicencio, Leiterin der peruanischen Organisation Solidaridad, weist darauf hin, dass die Anpassung an dieses europäische Gesetz koordinierte Anstrengungen der peruanischen Regierung, des Privatsektors und der Zivilgesellschaft erfordert, um die negativen Auswirkungen auf die nationalen Kleinerzeuger abzumildern. Sonst würden diese möglicherweise zu anderen Produktionstätigkeiten übergehen, die zu einer noch größeren Abholzung führen könnten“.

Die Verordnung sei eine Chance, aber auch riesige Herausforderung. Die peruanischen Gesetze wiesen Lücken auf. Zudem könnten nicht alle Produzenten, die nachhaltig arbeiten, auch nachweisen, dass sie nicht abgeholzt haben.

Obwohl es eine 12-monatige Übergangszeit gibt, in der die Länder nach ihrem Risikoniveau eingestuft werden, müssen Unternehmen, die nach Europa exportieren, jetzt Maßnahmen ergreifen, wie die Bereitstellung detaillierter Informationen über die Produktion und Standorte.

Auf die Frage nach den potenziellen Risiken des Waldverlustes im Zusammenhang mit Exporten aus Amazonien empfahl die ehemalige Umweltministerin Lucia Ruiz Ostoic zu untersuchen, ob der Anbau „ergänzende Maßnahmen“ zur Bekämpfung der Entwaldung erfordert. „Kakao, Kaffee und andere Aktivitäten lassen sich mit dem Bestand von Wald vereinbaren“, sagte sie.

Die Regierung müsse jedoch zusammen mit den Regionalregierungen die durch den Verlust von Wäldern verwüsteten Gebiete identifizieren und an anderer Stelle kompensieren. Abholzung finde weiterhin statt und bleibe straffrei. Das müsse sich ändern.

*Aramis Castro, OjoPúblico*

*Gekürzte Übersetzung: Annette Brox*

## 9. Das Aus für Fairtrade-Kaffee aus Peru?

**Peruanische Kaffee- und Kakaobauern befürchten, dass sie durch die neue EU-Entwaldungsnorm im Nachteil sind**

Der 1. Januar 2025 wird zu einem Stichdatum für Importfirmen und Produzenten: Importeure müssen nachweisen, dass Kaffee, Kakao, Palmöl, Soja, Holz, Fleisch und Kautschuk, den sie in die Länder der EU einführen, „entwaldungsfrei“ ist, das heißt, dass für seinen Anbau seit 2020 kein Baum mehr gefällt wurde.

Das neue EU-Reglement wird von vielen begrüßt, ist es doch ein wichtiger und richtiger konkreter Schritt hin zu mehr Klimaneutralität. Schließlich ist auch in Peru die Landwirtschaft der größte Vernichter des Regenwaldes, noch vor illegalem Goldbergbau oder Holzschlag.

Doch bei den Kaffee- und Kakaoproduzenten Perus herrscht noch der Schrecken vor und die Zweifel, ob sie die Norm erfüllen werden können.

Perus Kaffee- und Kakaoproduzenten sind traditionell Kleinbauern, die am Ostabhang der Anden bis auf 2300 Metern in Parzellen von ein paar Hektar Kaffee und Kakao anbauen. Viele der Produzenten sind Mitglieder von Genossenschaften, die sich um Vermarktung und Zertifizierung kümmern. Große Kaffee-Haciendas gibt es in Peru nicht.

Auch deshalb ist peruanischer Kaffee und Kakao besonders stark im Fairtrade- und Biokaffee-Segment, denn Fairtrade will ja besonders kleine Produzenten mit dem Direktkauf unterstützen. Wer in Deutschland Fairtrade- oder Biokaffee kauft, wird mit hoher Wahrscheinlichkeit Kaffee von peruanischen Kleinbauern in der Tasse haben. Doch damit könnte Schluss sein, wenn am 1.1.2025 die neue Norm greift.

Das zumindest befürchtet Lorenzo Castillo, der Geschäftsführer des Dachverbands der peruanischen Kaffee-Genossenschaften „Junta Nacional de Cafe“. Denn um nachzuweisen, dass für ihren Kaffee und Kakao kein Baum gefällt wurde, müssen die Bauern ihr Anbaugelände mittels GPS und Satellitenbildern registrieren und nachweisen. Die Einführung dieser Technologie in Gebieten, in denen es oft noch kein Handynetze gibt, und das Training der Bauern wird einige Zeit und Geld in Anspruch nehmen. Wer soll dafür bezahlen? Lorenzo Castillo befürchtet, dass die sowieso geringen Gewinnmargen dadurch aufgebraucht werden.

Noch mehr aber besorgt ihn ein anderes Nadelöhr. Die EU-Norm besagt, dass die Produkte die landesüblichen Gesetze einhalten müssen. Genau dies tun aber rund 70% der peruanischen Kaffeebauern nicht. Denn sie können keine legalen Landtitel vorweisen, dass ihnen das Land gehört. Selbst wenn sie ihr Land eintragen lassen wollen, könnten sie das nicht. Denn das peruanische Waldgesetz erlaubt keine Landtitulierung auf Waldgebiet. Der Ausweg könnte eine Art Pachtvertrag mit dem Staat sein („cesion de uso“), aber diese Figur ist noch kaum bekannt.

Bisher hat in Peru der Staat wenig darauf geachtet, ob das Waldgesetz auch eingehalten wird. Dies könnte sich nun ändern.

Handelt es sich bei der gutgemeinten neuen EU-Norm also um eine Norm, die die großen Produzenten begünstigt und Kleinbauern benachteiligt?

Alexandre Mateus, Handelschef der Delegation der EU in Peru, weist dies nicht von der Hand. Es sei schon möglich, dass diejenigen, die das neue Gesetz geschrieben haben, dabei die großen Sojaplantagen in Indonesien im Sinn hatten und weniger die kleinen Kaffeebauern in Peru.



Er befürchtet, dabei gar nicht, dass die Kaffee- und Kakaobauern eventuelle Waldzerstörung vertuschen könnten, sondern im Gegenteil: ohne GPS-Daten können sie auch nicht nachweisen, dass ihr Anbau ohne Waldzerstörung auskommt. Momentan erarbeitet die EU eine Studie über die Folgen der neuen EU-Norm in den peruanischen Produktionsketten. Die Studie soll im August vorliegen und die Grundlagen für die weitere Umsetzung der EU-Norm in Peru sein.

Auch die Importeure in Europa sollen für die Mehrkosten, die der neue Nachweis erfordert, zahlen, meint Mateus. Und nicht zuletzt die Verbraucher\*innen in Europa. „Wir werden in Europa in Zukunft mehr für unseren Kaffee und Kakao zahlen müssen“.

*Hildegard Willer*

## 10. Wie steht es um Menschenrechte und Klima in peruanischen Unternehmen?

**Die Entwicklungsorganisation der UNO, UNDP, über die Umsetzung von Sorgfalts- und Klimaauflagen in peruanischen Unternehmen.**

Der „Nationale Plan für Wirtschaft und Menschenrechte“, der seit 2021 in Peru umgesetzt werden soll, beruht auf drei Leitprinzipien: Anerkennung der bestehenden Verpflichtungen der Staaten, die Menschenrechte und Grundfreiheiten zu achten, zu schützen und umzusetzen; die Rolle der Unternehmen als spezialisierte Organe der Gesellschaft, die besondere Aufgaben wahrnehmen und alle geltenden Gesetze einhalten und die Menschenrechte achten müssen; die Notwendigkeit, dass Rechte und Pflichten mit angemessenen und wirksamen rechtlichen Konsequenzen im Falle der Nichteinhaltung einhergehen.

Daniel Sánchez Velásquez, Koordinator des Projekts der UN-Entwicklungsorganisation UNDP „Wirtschaft und Menschenrechte“ in Peru, und James Leslie, technischer Berater für Klimawandel und Ökosysteme des Entwicklungsprogramms der UNPD in Peru, erläuterten im Gespräch mit [“OjoPublico”](#) die Umsetzung dieser Fortschritte durch peruanische Unternehmen.

**In Europa wird beispielsweise darüber diskutiert, die Einhaltung der Menschenrechte in ihrer gesamten Wertschöpfungskette zur Bedingung für Unternehmen zu machen. Wie beurteilen Sie das Verhältnis zwischen Unternehmen und der Achtung der Menschenrechte in Peru?**

**Daniel Sánchez (DS):** Peru hat im Jahr 2021 seinen ersten Plan für Wirtschaft und Menschenrechte verabschiedet. Es handelt sich um einen sehr partizipativen Plan. Mehr als 135 Institutionen verschiedener Art – von Unternehmen, Wirtschaftsverbänden, indigenen Völkern, Gewerkschaften und staatlichen Vertretern – haben an seiner Erstellung mitgewirkt. Und das zeigt die Bereitschaft, Fortschritte in der verantwortungsvollen Unternehmensführung zunehmend zu berücksichtigen. Es gibt verschiedene Initiativen von Wirtschaftsverbänden, um ihre Unternehmen zu schulen und Fortschritte bei guten Praktiken in den Beziehungen zu ihren Endverbrauchern, aber auch zu den Gemeinden und der Umwelt, in denen sie tätig sind, zu erzielen.

**In welchen Bereichen gibt es mehr Konflikte oder ist es für den Privatsektor schwieriger, diese Rechte einzuhalten?**

**DS:** Die meisten sozialen Konflikte liegen im sozialen und Umweltbereich. Sowohl das Büro des Ombudsmanns als auch das Büro des Premierministers (PCM) sehen die Rohstoffindustrie wie Bergbau, Erdöl, Gas, Holzschlag usw. als Teil dieser Konflikte.

**Wie prüft das UNDP die Einhaltung der Grundsätze durch die Unternehmen bzw. wie nimmt es diese Bewertung vor?**

**DS:** Das UNDP hat mit Unterstützung der japanischen Regierung ein Projekt zur Förderung der Sorgfaltspflicht in 17 Ländern ins Leben gerufen, um sicherzustellen, dass mehr Unternehmen zunächst die Leitprinzipien kennenlernen und eine Bewertung ihrer Auswirkungen vornehmen können; aber vor allem, dass sie [die Verletzung] der Rechte, die ihre Tätigkeit potenziell hervorrufen kann, erkennen und diese abmildern.

**Und beeinträchtigt oder schwächt die aktuelle politische Krise in Peru, die uns seit mehreren Jahren in Atem hält, die Fortschritte in diesen Bereichen?**

**DS:** Jede Krise hat immer Auswirkungen auf die Aktivitäten, Maßnahmen und Projektziele. Im Allgemeinen haben wir jedoch festgestellt, dass die Arbeit mit den neuen regionalen Behörden gestärkt worden ist.



*Die staatseigene Raffinerie in Talara produziert weiterhin fossile Brennstoffe © Andina*

**Was schlagen Sie im Rahmen der allgemeinen UNDP-Strategien vor, um die Achtung der Menschenrechte in einem Land wie Peru zu fördern, das einen hohen Grad an Informalität aufweist?**

**DS:** Bei UNDP verfolgen wir im Rahmen des Projekts *Wirtschaft und Menschenrechte* mehrere Aktionslinien. Die erste besteht darin, darauf hinzuwirken, dass der Plan als solcher den informellen Sektor in seine Arbeitslinien einbezieht. Deshalb arbeiten wir mit den Handelskammern zusammen, damit sie den Kreis der Unternehmen erweitern können, und zwar nicht nur die großen

und mittleren Unternehmen, sondern auch die kleinen. Die Informalität ist wahrscheinlich das Szenario, in dem es die meisten Menschenrechtsverletzungen gibt. Wir sprechen hier nicht nur über Umweltfragen, sondern auch über Arbeitsfragen.

**Welche Anreize gibt es für Unternehmen, um die Beteiligung an illegalen Aktivitäten, wie zum Beispiel im Holzsektor, zu verhindern?**

**DS:** Es gibt heute einen internationalen Rechtsrahmen, der verstärkt wird. So gibt es beispielsweise ein Sorgfaltspflichtgesetz, das die deutsche Regierung erlassen hat. Und in der Europäischen Union wird darüber diskutiert, dass jedes Unternehmen, das auf dem europäischen Markt eine Dienstleistung erbringen oder ein Produkt verkaufen möchte, eine Sorgfaltspflicht erfüllen muss. Das bedeutet, dass Unternehmen, die in Europa eine Dienstleistung verkaufen oder erbringen wollen, in ihrer Wertschöpfungskette kein einziges Glied haben dürfen, das gegen ein Menschenrecht verstößt; und wenn dies doch der Fall ist, müssen sie den Schaden mildern, reparieren, entschädigen und beheben, wie es in den Leitprinzipien heißt.

**Werden diese Maßnahmen auch in Peru gefördert, oder gibt es Fortschritte bei der Sorgfaltspflicht?**

**DS:** Ja, im Allgemeinen wurden im Rahmen dieses nationalen Plans verschiedene Schulungsmaßnahmen durchgeführt. Verschiedene Institutionen, darunter die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) und das UNDP, haben bei der Entwicklung von Werkzeugen geholfen, die Unternehmen bei der Einhaltung der Sorgfaltspflicht in den Bereichen Agrarexport, Bergbau und Kohlenwasserstoffe unterstützen.

Das Interessanteste ist jedoch, dass seit einigen Monaten an Leitlinien für Klein- und Kleinstunternehmen gearbeitet wird, die als Ratgeber funktionieren sollen. Denn seien wir ganz ehrlich: Ein großes Unternehmen verfügt wahrscheinlich über ein Team, das sich mit Menschenrechtsfragen befassen kann; ein Anwalt, ein Manager, ein ganzer Apparat, der dem Unternehmen in Bezug auf diese Fragen Leitlinien an die Hand geben kann; aber Kleinst- und Kleinunternehmen haben das nicht. Oft ist der Manager derjenige, der sich darum kümmert, der die gesamte Kette ihrer Tätigkeit mit den Nutzern und der Lieferkette durchführt. Wir müssen also eine neue Methodik entwickeln, damit Klein- und Kleinstunternehmen den Anreiz verspüren, die Situation der Informalität oder in manchen Fällen sogar der Illegalität verlassen zu wollen.

**Ein weiterer Punkt, der diskutiert wird, ist die Frage, wie wir Investitionen in saubere Energie in Ländern wie Peru anlocken können, die immer noch einen hohen Anteil an fossilen Brennstoffen produzieren.**

**James Leslie (JL):** Wir wissen, dass Peru sich im Rahmen des Pariser Abkommens verpflichtet hat, erneuerbare Energien im Rahmen seiner Klimaherausforderung und seiner national

festgelegten Beiträge [NDCs] zu fördern. Der Energiesektor ist einer der Sektoren, die Priorität haben, weil er eine der Hauptquellen für Treibhausgase in Peru ist. Es gibt eine globale Analyse, und es ist offensichtlich, dass der öffentliche Sektor in Peru nicht in der Lage sein wird, die Energiewende allein und unabhängig zu finanzieren; es sind auch private Investitionen erforderlich. Wir müssen also auch an finanziellen Anreizen arbeiten, und zwar von der Zentralbank, den öffentlichen Banken und den Privatbanken. Gleichzeitig müssen die negativen Subventionen, die die Nutzung nicht erneuerbarer Energien fördern, überprüft werden.

**Welche nachhaltigen Kriterien sollten Banken oder Investmentfonds für Investitionen in Unternehmen der fossilen Energiewirtschaft haben?**

**JL:** Ich denke, wir beobachten, dass Finanzinstitute und der Finanzsektor ihre eigenen Rahmen für Sozial- und Umweltstandards entwickeln, und viele private Unternehmen gehen auch Ziele und Verpflichtungen im Rahmen des Pariser Abkommens ein. Es gibt also einen zunehmenden Trend, dass der Finanzsektor und der Privatsektor auf die *Allgemeinen Verpflichtungen zur Energiewende* und zu Netto-Null-Emissionen bis 2050 eingehen. Damit wollen sie sicherstellen, dass ihre eigenen Geschäfts- und Finanzoperationen mit den Anforderungen des Pariser Abkommens selbst und den wissenschaftlichen Erkenntnissen zur Begrenzung des Temperaturanstiegs auf maximal 1,5 °C übereinstimmen.

**Aber trotz der Projekte zur Umstellung auf erneuerbare Energien gibt es dennoch Unternehmen in der Branche der fossilen Brennstoffe, gegen die wegen Umweltverschmutzung ermittelt wird und die weiterhin Finanzmittel von Investmentfonds oder Banken erhalten...**

**JL:** Wir sind der Meinung, dass im Finanzsektor – und generell auch im öffentlichen politischen Rahmen – hohe Sozial- und Umweltstandards gefördert werden sollten, damit sie von allen Akteuren eingehalten werden. Dies steht im Einklang mit den Bemühungen, die das Projekt „Wirtschaft und Menschenrechte“ in diesem Bereich fördert, und auch mit der Koordinierung der Vereinten Nationen, die ebenfalls ihre eigenen Sozial- und Umweltstandards auf alle Kooperationsprojekte anwenden. Und wir sind der Meinung, dass dieser Rahmen von Sozial- und Umweltstandards relevant ist, sodass andere Akteure – unsere Partner und Nicht-Partner – ihn ebenfalls als Referenz betrachten können.

**Gibt es Länder, die mehr Instrumente entwickelt haben, um Investitionen in saubere Energie anstelle von fossilen Brennstoffen zu fördern?**

**JL:** Ja, es sind vor allem die Länder, die über einen ordnungspolitischen Rahmen und einen gestärkten institutionellen Rahmen verfügen, um Investitionen in saubere Energie zu erleichtern. Ich denke, wir können viele Beispiele finden, sowohl in den europäischen Ländern als auch in den Vereinigten Staaten selbst im Rahmen ihres jüngsten Gesetzes zur Wiederherstellung des

Gleichgewichts nach dem Kalten Krieg. Es gibt viele Beispiele, aber das Wichtigste ist, dass man von diesen Rahmenbedingungen ausgeht, d. h. von der Planungspolitik und dem rechtlichen Rahmen, und dann beginnt, Finanzmechanismen zu finden, die die öffentliche und private Beteiligung an den Finanzierungsströmen für saubere Energie fördern.

**Glauben Sie, dass es möglich ist, Umweltverpflichtungen wie die Verringerung der Produktion fossiler Brennstoffe vor dem Hintergrund einer gestiegenen Ölnachfrage aufgrund des Krieges Russlands gegen die Ukraine zu erreichen?**

**JL:** Peru hat Maßnahmen zur Erleichterung der Energiewende und einem energiepolitischen Rahmen, der Investitionen erleichtert, Priorität eingeräumt. Aber es gibt immer Spielraum, um einerseits die Investitionen zu erhöhen und gleichzeitig die steigende Nachfrage nach fossilen Brennstoffen zu befriedigen.

Das Land muss also seinen Planungsprozess unter Beteiligung der verschiedenen öffentlichen und privaten Akteure weiter vorantreiben, damit dieser Übergang beschleunigt werden kann, ohne die sozialen und wirtschaftlichen Unterschiede zu vergrößern.

**Halten Sie es im Falle Perus also für sinnvoll, weiterhin in fossile Brennstoffe zu investieren?**

**DS:** Abgesehen von der Frage, ob eine Aktivität rentabel ist oder nicht, müssen wir generell darauf achten, dass diese Aktivität in einem Rahmen von Respekt, Vertrauen und vor allem garantierten Rechten entwickelt wird. Denn was einen sozialen Konflikt auslöst, sind oft Faktoren des Misstrauens, Fehlinformationen oder Faktoren, zu denen es keine Perspektive mehr gibt, die mit der Entwicklung, die einige Menschen in diesem Gebiet haben, vereinbar ist. Ich denke, dass wir im Allgemeinen viel mehr Fortschritte machen und die Informalität in diesem Gebiet verringern würden, wenn wir irgendwie an Vertrauen, Information und der Suche nach Kompatibilität arbeiten könnten.

Originalinterview in Spanisch: <https://ojo-publico.com/ambiente/pnud-toda-la-cadena-una-empresa-debe-respetar-los-derechos-humanos>

Aus dem Spanischen übersetzt und gekürzt von Svenja Pesch

## 11. Escazu jetzt!

**Das lateinamerikanische Abkommen zur Verteidigung der Umweltschützer\*innen muss vom peruanischen Kongress ratifiziert werden.**

Die zivilgesellschaftlichen Organisationen in Peru stehen wie in den meisten lateinamerikanischen Ländern unter einem enormen Druck. Umweltschützer\*innen werden verfolgt und haben in vielen

Fällen ihr Leben verloren. Dies ist eine Folge der starken Zunahme illegaler Aktivitäten, insbesondere des illegalen Holzeinschlags, des Goldschürfens in Flüssen und des Drogenhandels. Ein weiterer Grund ist die starke Kriminalisierung von Protesten, die sich in Peru in Gerichtsverfahren, Verhaftungen und in der Tötung von Bürger\*innen durch die Ordnungskräfte oder kriminelle Netzwerke niederschlägt.

Die Problematik ist nicht neu, sie steht in Lateinamerika in einem historischen Kontext. Deshalb hat die Wirtschaftskommission für Lateinamerika und die Karibik (CEPAL bzw. ECLAC) vor einigen Jahren regionale Dialoge initiiert, die zu einer Vereinbarung auf der Grundlage von Grundsatz 10 der Erklärung von Rio über Umwelt und Entwicklung führen sollten. Grundsatz 10 zielt darauf ab, allen Menschen den Zugang zu Information, die Beteiligung an Entscheidungsprozessen und den Zugang zur Justiz in Umweltangelegenheiten zu garantieren.

Das Abkommen von Escazú, ein regionales Abkommen über den Zugang zu Informationen, die Öffentlichkeitsbeteiligung und den Zugang zu Gerichten in Umweltangelegenheiten in Lateinamerika und der Karibik, wurde 2018 in der Stadt Escazú in Costa Rica abgeschlossen und trat 2021 in Kraft, nachdem es 15 Mitglieder ratifiziert hatten.

Dieses Abkommen ist das erste, das nicht nur Menschenrechte und Klimawandel miteinander verbindet, sondern auch Maßnahmen zum Schutz von Umweltschützer\*innen vorsieht.

Mit dem Abkommen soll sichergestellt werden, dass alle Bürgerinnen und Bürger Lateinamerikas und der Karibik über Fragen, die sich auf ihr Territorium und die Umwelt ihres Landes auswirken, informiert sind, dass sie an der Entscheidungsfindung in diesen Fragen beteiligt werden und gegebenenfalls Zugang zur Justiz haben.



*Protest der peruanischen Klimawandelbewegung Mocicc zur Ratifizierung des Abkommens von Escazu © Mocicc*

Diese Rechte sind zwar in den nationalen Gesetzen vieler Länder der Region verankert, aber sie werden oft nicht umgesetzt. Und es gibt keine länderübergreifenden Standards für Lateinamerika. So hilft das Abkommen auch den Staaten, Ziele für den Zugang zu Informationen zu formulieren und Räume für die Bürgerbeteiligung zu öffnen. Es schafft eine Verbindung zwischen den Justizsystemen und der Frage von Umweltschäden in den beteiligten Ländern. Und es fördert und überwacht die Verteidigung der Rechte von Umweltschützer\*innen und bezieht dabei indigene Völker und lokale Gemeinschaften ein.

Das Abkommen von Escazú eröffnet nicht nur die Möglichkeit, Fälle anzuklagen und öffentlich zu machen. Es erleichtert auch die Berichterstattung, die Registrierung und die Formulierung regionaler Standards für den Schutz von Menschen- und Umweltrechten. Dies passiert auf Grundlage von Berichten über Fortschritte in der Umsetzung, die von den Vertragsparteien erstellt werden. Darüber hinaus eröffnet es jeder Bürgerin und jedem Bürger Lateinamerikas die Möglichkeit, Vorwürfe der Nichteinhaltung des Abkommens vorzubringen. Auch wenn es kein eigenes Gericht gibt, werden im Rahmen des Abkommens Empfehlungen gegeben und Maßnahmen für Verbesserungen auf lokaler Ebene formuliert.

In Peru erleben wir aktuell eine extreme Schwächung der Institutionen und demokratischen Prozesse. Ein autoritäres System konzentriert sich offensichtlich auf die Kriminalisierung von führenden Persönlichkeiten zivilgesellschaftlicher Organisationen. In diesem Kontext ist es besonders wichtig, die Ratifizierung des Abkommens von Escazú einzufordern. Peru hat das Abkommen schon 2018 unterzeichnet, aber bis heute nicht ratifiziert. Während der letzten Debatte

im Kongress im vergangenen Jahr wurde eine intensive und aggressive Desinformationskampagne in allen Medien und sozialen Netzwerken gestartet, in der vor der Privatisierung des Amazonas, dem Vorrang ausländischer Interessen und dem Verlust der territorialen Souveränität gewarnt wurde. Diese Form der Desinformation muss die Zivilgesellschaft zusammen mit Nichtregierungsorganisationen und alternativen Medien bekämpfen, um Druck auf Regierung und Parlament auszuüben und aus der Unterzeichnung des Abkommens eine Ratifizierung zu machen.

*Antonio Zambrano Allende, Ex-Koordinator der Klimaschutzbewegung Mocicc*

## 12. Sauerstoffanlagen: Viel Geld in den Sand gesetzt?

**Knapp die Hälfte der neuen Covid-Sauerstoffanlagen sind nicht mehr in Betrieb.**

In den Jahren 2020 und 2021, während der schlimmsten Zeit der Covid-19-Pandemie, war die Nachfrage nach medizinischem Sauerstoff enorm. In Peru war der Mangel besonders groß, viele Patient\*innen starben, weil es nicht genügend Sauerstoff gab. In dieser Zeit kaufte die peruanische Regierung Hunderte von medizinischen Sauerstoffanlagen. Hunderte weitere wurden gespendet.

So gibt es heute insgesamt 394 Sauerstoffanlagen in peruanischen Gesundheitseinrichtungen. Mindestens 89 % (351) wurden zwischen 2020 und 2022 installiert. Von diesen Anlagen sind heute nur noch knapp die Hälfte, nämlich 185, in Betrieb. Das haben Recherchen des Nachrichtenportals [OjoPúblico](#) ergeben.

In die Einrichtung der Sauerstoffanlagen hat die peruanische Regierung viel Geld investiert. Die hohen Investitionen haben jedoch nicht dazu geführt, dass das peruanische Gesundheitssystem jetzt autark in der Versorgung mit Sauerstoff wäre. Da die Sauerstoffanlagen oft nicht funktionieren, wird der mit Abstand größte Teil des heute benötigten Sauerstoffs immer noch über Sauerstoffflaschen geliefert.

Woran liegt es, dass so viele der erst gerade für teures Geld angeschafften Anlagen nicht mehr in Betrieb sind? Viele Gesundheitseinrichtungen nahmen die gespendeten Anlagen zwar entgegen, richteten aber kein Budget für deren Wartung ein. So fehlt schlicht das Geld für notwendige Wartungen und Reparaturen. Mangel an qualifiziertem Personal, fehlende Wartungspläne, unzureichende Überwachung und unvollständiges und veraltetes Inventar der Sauerstoffanlagen sind weitere Ursachen für den desaströsen Zustand.



© Hildegard Willer

Eigentlich ist die Wartung von Sauerstoffanlagen weder kompliziert noch kostspielig. Aber sie muss durchgeführt, überwacht und koordiniert werden. Hierzu sind die verantwortlichen Stellen offensichtlich nicht in der Lage. Und angesichts der stark gesunkenen Nachfrage ist es für die Einrichtungen oft einfacher, ein paar Sauerstoffflaschen zu kaufen, anstatt den Sauerstoff selbst herzustellen.

Zwei Unternehmen, die während der Pandemie den Sauerstoffmarkt in Peru beherrschten, sind auf diese Weise weiter gut im Geschäft: die Firma Linde, ein ursprünglich deutsches Unternehmen, und die US-amerikanische Airproducts. Linde hat 2022 und 2023 Verträge über den Verkauf von flüssigem und gasförmigem Sauerstoff sowie medizinischen Gasen an verschiedene Gesundheitseinrichtungen in Peru für fast 34 Mio. Soles (8,4 Mio. Euro) abgeschlossen. Das Unternehmen erklärte allerdings, dass es sich nach der Pandemie auf den Industriesektor konzentriert hätte, der bereits vor Covid-19 80 % seines Marktes ausmachte. Der Gesundheitssektor mache nur 17 % des Umsatzes aus.

Vielleicht lohnt es sich für die vielen Gruppen in Deutschland, die die Anschaffung von Sauerstoffanlagen in den schlimmen Corona-Zeiten finanziell unterstützt haben, einmal nachzufragen, was aus diesen geworden ist...

Annette Brox

## 13. ISP-News – Juni 2023

### Etappenziel beim EU-Lieferkettengesetz und zwei Briefe

#### EU-Lieferkettengesetz: ein wichtiger Etappensieg!

Dass ein EU-Lieferkettengesetz auch für Peru bzw. die deutsch-peruanischen Wirtschaftsbeziehungen wichtig ist, hatte Mattes Tempelmann bei seinem Vortrag auf dem Peru-Seminar der Infostelle „Lieferkettengesetze im Bergbausektor“ beispielhaft gezeigt (siehe [Artikel](#) in diesem InfoPeru).

Am 1. Juni haben die Abgeordneten im Europäischen Parlament jetzt über ihre Position zum EU-Lieferkettengesetz abgestimmt. Im Vorfeld hatte die Initiative Lieferkettengesetz unter dem Motto #WiesoWeshalbWarum dazu aufgerufen, bis zu den Abstimmungen im Europäischen Parlament auf wichtige Forderungen zum EU-Lieferkettengesetz aufmerksam zu machen. Die Infostelle hat sich an der Postkarten- und E-Mail-Aktion an die EU-Abgeordneten beteiligt.

In den Tagen vor der Abstimmung hatten Konzernlobbyisten alles versucht, um ein fortschrittliches Votum zu verhindern, unterstützt durch deutsche Abgeordnete der CDU/CSU. In letzter Minute brachte die CSU-Abgeordnete Angelika Niebler einen weitreichenden Änderungsantrag zur Abschwächung des Gesetzesvorschlages ein. Dieser Änderungsantrag hätte den zuvor ausgehandelten Kompromiss völlig ausgehöhlt. Gleichzeitig drohte die konservative EVP-Fraktion, das Gesetz als Ganzes abzulehnen, wenn die Änderungen nicht angenommen würden.

Trotz des enormen Widerstandes entschieden die EU-Abgeordneten mehrheitlich für ein EU-Lieferkettengesetz, das Unternehmen verpflichtet, Menschenrechte, Umwelt und Klima entlang ihrer gesamten Wertschöpfungskette zu schützen. Der Gesetzesvorschlag geht dabei deutlich weiter als das deutsche Lieferkettengesetz. Ein wichtiger Etappensieg!

Nähere Informationen zu den Stärken und Schwächen des Gesetzesvorschlages sind in einem Artikel der taz nachzulesen: <https://taz.de/EU-Lieferkettengesetz!/5934620/>

Nun folgt der Trilog-Prozess, in dem die drei EU-Institutionen die finale Ausgestaltung der Richtlinie verhandeln. Aber jetzt wird es auch wieder in Berlin interessant: Deutschland bringt sich aktiv in die Verhandlungen zum EU-Lieferkettengesetz ein und spielt im Trilog-Prozess eine wichtige Rolle. Darum ist jetzt der richtige Zeitpunkt, um nochmal aktiv zu werden: Mit der neuen Kampagne #WiesoWeshalbDarum soll jetzt den deutschen Bundestags-Abgeordneten gezeigt werden, warum sie sich für ein starkes EU-Lieferkettengesetz stark machen sollen. Dafür gibt es Aktionspostkarten, die an die Abgeordneten verschickt werden können. Die Postkarten können [hier](#) bestellt werden. Die Liste mit den Anschriften der Abgeordneten der demokratischen Parteien aus den verschiedenen Regionen gibt es hier: <https://www.bundestag.de/abgeordnete>.

### **Drohungen gegen IDL-Reporteros: Solidaritätserklärung der Infostelle Peru**

Angesichts der wiederholten Bedrohungen und Attacken von rechtsextremen Gruppierungen gegen den investigativen Nachrichtendienst [IDL-Reporteros](#) (siehe auch „Kurz gemeldet“) gab es am 6. Juni eine Solidaritätskundgebung, zu der verschiedene Gewerkschaften aufgerufen hatten. Aus diesem Anlass erklärte sich auch die Infostelle Peru mit einem Brief solidarisch mit dem engagierten Journalismus und der wichtigen Arbeit von IDL-Reporteros.

### **Brief an die Umweltministerin**

Am 10. Mai war die peruanische Außenministerin zu Gesprächen mit Bundesumweltministerin Steffi Lemke und dem parlamentarischen Staatssekretär im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung Nils Annen in Deutschland.

Aus diesem Anlass hat die Infostelle den beiden einen Brief geschrieben, um auf die politische Lage, die staatliche Gewalt gegen Demonstrierende und die Menschenrechtsverletzungen in Peru aufmerksam zu machen. In dem Brief haben wir darüber hinaus darauf gedrungen, dass im Rahmen der deutsch-peruanischen Klimapartnerschaft und bei Projekten der Klimafinanzierung und des Kohlenstoffhandels eine echte Beteiligung der zivilgesellschaftlichen Akteur\*innen in den Gebieten sichergestellt wird.

Später teilte uns das BMZ mit, dass das Gespräch mit der Außenministerin doch nicht stattgefunden hat.

## Impressum

Sie können den Newsletter bestellen über die Webseite der Informationsstelle Peru e.V., [www.infostelle-peru.de](http://www.infostelle-peru.de)

Rückmeldungen an die Newsletter-Redaktion bitte an [newsletter@infostelle-peru.de](mailto:newsletter@infostelle-peru.de)

Redaktion: Hildegard Willer, Heinz Schulze, Annette Brox

Dieser Newsletter wird herausgegeben von der Informationsstelle Peru e.V. Er wird gefördert aus Mitteln des Kirchlichen Entwicklungsdienstes durch Brot für die Welt und von Caritas international.

Für den Inhalt dieser Publikation ist allein die Informationsstelle Peru e.V. verantwortlich.

Die Informationsstelle Peru e.V. wird unterstützt von den Hilfswerken Misereor und Caritas international, vom Referat Weltkirche der Erzdiözese Freiburg, von der Christlichen Arbeiterjugend Freiburg sowie von zahlreichen Mitgliedern und Spender\*innen.